

Aufstieg und Niedergang der Bremer Bürger-Zeitung

**Zur Entwicklung
der Sozialdemokratie im Spiegel
ihrer Presse**

**Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik**

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	4
Organ für die Interessen des Volkes	5
Wofür sollen wir bluten	10
Offenbarungseid	12
Eingereicht in die Burgfriedenspolitik Einheit oder Spaltung der Partei	15
In der revolutionären Phase	20
Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands!	23
Sozialdemokratischer Weg zum Sozialismus	28
Der Wiederbeginn - Alles vergessen und nichts dazugelernt ...	39

Bremen, 1976

Einleitung

Seit zwei Jahren erleben die Bremer Sozialdemokraten ein großes Hin und Her mit ihrer Parteipresse: Die "Bremer Bürgerzeitung" stirbt einen vielfachen Tod.

Nachdem die traditionsreiche BBZ im August 1974 ihr Erscheinen eingestellt hatte, sollten die Bremer SPD-Mitglieder eine monatlich erscheinende Mitgliederzeitung (MZ) erhalten, wenn sie eine der Stadtteilzeitungen des SPD-eigenen Verlagshauses Schmalfeldt abonnierten, die nun den Untertitel "Bremer Bürgerzeitung" trugen. Henning Scherf, Landesvorsitzender der Bremer SPD, gab sich Mühe, seinen Parteigenossen den Tod der BBZ schmackhaft zu machen. In einem Brief an alle Mitglieder schrieb er: "Unsere Politik erhebt Anspruch auf objektive Berichterstattung in allen Medien. Darum haben wir auf einem Landesparteitag mit großer Mehrheit den Verlag Schmalfeldt aufgefordert, die bisherige BBZ umzustellen auf 6 stadtteilbezogene Regionalausgaben, die schwerpunktmäßig über die Regionalpolitik berichten sollen, über ein Gebiet also, auf dem wir uns täglich in Tuchfühlung mit unseren Wählern bewähren müssen. Ich weiß, daß sich unsere Arbeit sehen lassen kann und daß sich deshalb die Berichterstattung in diesen Zeitungen auszahlt, auch im Wettstreit mit anderen Parteien. Stärkung der parteiinternen Information durch eine eigene Mitgliederzeitung. Diese monatlich erscheinende "MZ" soll der gegenseitigen Unterrichtung aller Genossen dienen. Mit ihr wollen wir unsere Parteiarbeit und besonders unsere Wahlvorbereitungen nachdrücklich unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem Verlag Schmalfeldt können wir die kostenlose Mitgliederzeitung ohne Verzögerung allen sozialdemokratischen Haushalten zustellen."

Scherf sagte die Unwahrheit. Und er wußte es auch. Nicht der Anspruch der SPD auf "objektive Berichterstattung in allen Medien" führte zur sogenannten "Umstellung" der BBZ, sondern ständig sinkende Abonnentenzahlen. Sie drückten sich in der Auflage aus, die bei der letzten Ausgabe (Bremen und Bremerhaven zusammen) nur noch bei 2.000 Exemplaren lag. Der Patient war nach langer Zeit längst klinisch tot, als sich 1974 der Bremer Parteitag der SPD mit ihm beschäftigte, um zu retten, was auch durch organisatorische Tricks nicht mehr zu retten ist.

Nun hat sich gezeigt, daß auch die Stadtteilzeitungen ihre Aufgabe, die Herausstellung der Erfolge sozialdemokratischer Kommunalpolitik, nicht gerecht werden konnten. Es gibt keine großen Taten mehr, mit denen Propaganda gemacht werden könnte. Die Wirtschaftskrise leert den Staatssäckel. Und die Beschönigung des sozialen Abbaus läßt sich nicht verkaufen. Die Stadtteilzeitungen schafften nicht die Abonnentenzahl, mit der man im lukrativen Anzeigengeschäft hätte bleiben können.

Seit 1974 war die Bremer Sozialdemokratie ohne Presseorgan. Wenn für März/April eine neue "Bremer Bürgerzeitung" erschienen ist (angekündigte Erscheinungsweise monatlich), so zeigt dies, daß die Bremer SPD nicht ohne Propagandablatt auskommen möchte. Wie das Stadtteilblatt zur Bürgerschaftswahl noch gebraucht wurde, so wird die Monatszeitung für die Bundestagswahl gebraucht. Die Meinung von Vorstand und Regierung muß doch an die Mitglieder herangebracht werden. Zur Wahl wird schließlich jeder noch mal gebraucht.

Das Ende der BBZ ist in der BRD nicht einmalig. Im europäischen Ausland ringen sozialdemokratische Zeitungen um ihre Existenz. Die Anzahl der in der Bundesrepublik verlegten Zeitungen ist in den letzten zwanzig Jahren auf die Hälfte gesunken, während die Gesamtauflage gestiegen ist. In diesem Konkurrenzkampf sind die sozialdemokratischen Zeitungen eingeschlossen. Z. B. wurden 1972 in Berlin die Tageszeitungen "Telegraf" und "Nachtdeutsche" eingestellt und in Hannover wurde die "Neue Hannoversche Presse" der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" angegliedert und hat nur noch einen selbständigen Lokalteil. Auch am sozialdemokratischen Zentralorgan "Vorwärts" geht die Krise sozialdemokratischer Presse nicht vorbei. Da er als Meinungsblatt nicht mehr genügend Leser findet, soll aus ihm eine modern aufgezugene Wochenzeitung werden, die junge Menschen anspricht.

Wie ist das Desinteresse der SPD-Mitglieder an ihren Zeitungen zu erklären? Augenscheinlich können sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, haben sie ihren Lesern nichts mehr zu sagen. Warum? Verfolgen wir einmal die Geschichte der "Bremer Bürgerzeitung" als Beispiel einer sozialdemokratischen Zeitung.

Organ für die Interessen des Volkes

Erstmalig erschien die "BBZ" am 1. Mai 1890. Durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes erhielten die Arbeiter größere Bewegungsfreiheit. Die Möglichkeit, sich frei zu organisieren und offen politisch zu betätigen, brachte auch publizistische Möglichkeiten für die Sozialdemokratie. 1890 gelang es, das bremische Reichstagsmandat zu erobern. Die leitenden Kreise der Bremer Sozialdemokratie leisteten mit maßgeblicher Unterstützung durch Arbeiter und Handwerker die Vorarbeiten für ein Presseorgan, das die Interessen der Arbeiter vertreten, eine "Tribüne des geschriebenen Wortes" sein sollte. Die Gründung war umso notwendiger, als es keine Zeitung gab, die nicht nur durch Berichte über die Tageskämpfe der Arbeiterschaft organisierend wirken konnte, sondern auch durch Kommentare zu allgemeinen

Fragen, die die Arbeiterschaft bewegten, eine politische Orientierung geben konnte. Die "BBZ" griff das Bild an, das dem Volk unter dem Monopol der liberalen Organe vorgespiegelt wurde und sprach aus, was ist. "BBZ" vom 1. Mai 1890: "Sie soll eine Vorkämpferin sein für die Rechte und Interessen des Volkes, sie wird eintreten für eine menschenwürdige Gestaltung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen, für Befreiung dieser Klassen von unerträglichen Lasten und für die radikale Beseitigung des auf dem Volke ruhenden unerträglichen Druckes politischer Unfreiheit und geistiger Bevormundung." Obwohl zunächst Einwände gegen den Namen "Bremer Bürgerzeitung" laut wurden, nahm man ihn mit der Begründung, daß allen Angehörigen der Gesellschaft das gleiche Bürgerrecht zu sichern sei, in einer Abstimmung mit Mehrheit an.

Zigarrenmacher, die schon in den Anfängen der bremischen Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle gespielt hatten, waren auch hier am Anfang dabei. Gottlieb und Bruhns, die ersten Redakteure, und Henke, der 1900 in die Redaktion eintrat, waren Zigarrenmacher.

Ein Beispiel, wie konsequent die "BBZ" vom Arbeiterstandpunkt aus die damaligen Klassenkämpfe beurteilte, ist ihre Stellungnahme zum Streik von 1896/97. 17.000 Hamburger Haffearbeiter befanden sich im Ausstand, solidarisch unterstützt von ihren Bremer Kollegen. Der Streik wurde nach 3 1/2 Monaten erfolglos abgebrochen. "BBZ" vom 7.2.1897: "Der Streik der Hafearbeiter ist beendet. Nach einem Telegramm der Weser-Zeitung wurde in der gestrigen Versammlung der Streikenden mitgeteilt, daß der Kampf verloren sei. "Es müsse die geeignete Zeit zur Wiederaufnahme des Kampfes abgewartet werden." ... "drei mächtige Gegner hatten sich zusammengeschlossen zur Bewältigung des gewaltigen Feindes Proletariat. Das vereinigte Unternehmertum, die Polizeigewalt und die ungünstige Witterung.¹⁾ Der Streik wird ein Markstein in der Geschichte der deutschen modernen Klassenkämpfe bilden. Seine Wirkung wird eine gewaltige sein, eine erzieherische nach der Seite des Proletariats, und für das Unternehmertum eben deshalb nichts mehr als ein Pyrrhussieg."

Durch die Einflußnahme der SPD im Bremer Schulstreit, in dem fortschrittliche Lehrer für eine Reform des Schulunterrichts kämpften (ihre Forderungen: Einheitsschule, Arbeitsschule, weltliche Schule), konnte die Sozialdemokratie viele Lehrer an sich binden. Wilhelm Holzmeier, Sonnemann und andere sozialdemokratische Lehrer wurden im Laufe dieser Auseinandersetzung mit der Schulbehörde aus dem Dienst entlassen. Am 23.2.1910 stellt die "BBZ" die Ursache dieses Konflikts dar und macht damit den Klassencharakter des Staates klar:

"Was die Verfassung jedem Staatsbürger garantiert, das soll auch dem Beamten, sei er im Dienst oder nicht, garantiert sein. Das ist die Forderung und

¹⁾ Der Hamburger Hafen fror teilweise zu. Die Streikwaffe wurde wirkungslos.

der Inhalt der Rechtsfrage, um die der Kampf geht. Eine schöne Sache, die wohl des Schweißes der Edlen wert ist. Aber auch eine komplizierte Sache, auf die das Wort Anwendung finden kann:

Eng ist die Welt, und das Gehirn ist weit -

leicht beieinander wohnen die Gedanken,

doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Rechtsfragen sind Machtfragen - so trivial diese Wahrheit ist, sie muß doch immer und immer wieder ausgesprochen werden. Die Macht, die hinter dem bestehenden geschriebenen Gesetz steht, welcher Art immer es auch sei, ist der Staat und sind die Klassen, deren Interessen stets und in erster Linie - wenn nicht völlig - zu dienen jener erfunden und eingerichtet wurde. Der Staat ist entstanden aus dem Bedürfnis, Klassegegensätze im Zaum zu halten. Da er aber gleichzeitig im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch zur politisch herrschenden Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So Friedrich Engels gelegentlich. ...So wird selbstverständlich, daß das Verhältnis des Gegenwartsstaates zu seinen Beamten ein öffentlich rechtliches Gewaltverhältnis ist. Man arbeitet mit dem Disziplinarrecht, das im kapitalistischen Staat ein Ausnahmerecht gegen die Beamten ist."

Die gemaßregelten Lehrer konnten selbst durch eine von der SPD organisierte Demonstration, an der 10.000 Arbeiter teilnahmen, nicht im Staatsdienst gehalten werden. Holzmeier, Sonnemann und Knief, der seiner drohenden Entlassung durch Ausscheiden aus dem Schuldienst zuvorkam, wurden Redakteure der "BBZ". Durch ihren Einsatz und den von Pannekoek, Radek und Pieck erreichte die Parteiarbeit eine derartige Höhe, daß Bremen im Reich bald als eine Art "Akademie der Arbeiterbewegung" galt. Doch zurück zur "BBZ". Sie spiegelte weiterhin Fortschritt und Konflikte der SPD und der Arbeiterschaft wider. 1913 legen die Werftarbeiter Norddeutschlands die Arbeit nieder. Anlaß ist eine Kürzung der Akkordsätze. 18.000 Hamburger machen am 17.7. den Anfang. Der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, der sich in Verhandlungen mit den Werften befindet, möchte den Streik verhindern. Sein Referent erklärt auf der von 5.800 Arbeitern besuchten Versammlung die Zugeständnisse der Werftbesitzer für völlig unzureichend. Trotzdem sei der frühzeitige Ausstand nicht zu rechtfertigen, da noch nicht alle friedlichen Mittel erschöpft seien. Der Zentralvorstand würde eine Einstellung der Arbeit nicht billigen und keine Streikunterstützung gewähren. Danach kommt es zur Abstimmung: 5.663 für, 120 gegen Streik.

Am 22.7.1913 stellt sich der Referent des Zentralvorstandes einer von 4.000 Bremer Werftarbeitern besuchten Versammlung. Die "BBZ" berichtet über seine Rede: "Heute, Montag, haben sämtliche beteiligten Vorstände wieder eine Konferenz abgehalten. Diese Konferenz empfahl die Wiederaufnahme der Arbeit (Pfui, Schlußrufe, große Erregung). Weiter wird empfohlen (Schlußrufe), daß sich die örtlichen Verwaltungen und Kommissionen noch einmal

an die Werften wenden sollen (Lachen, Widerspruch). Erst wenn alle Verhandlungswege erschöpft seien, könne zum Äußersten geschritten werden, nachdem die Vorstände ihre Zustimmung gegeben (Lärm, der Vorsitzende ersucht um Ruhe) ... Beim Vorsitzenden war inzwischen ein Antrag auf geheime Abstimmung mittels Stimmzettel eingelaufen; er teilte mit, vor-schriftsmäßig gestempelte Stimmzettel seien nicht vorhanden, weil der Vorstand keine mitgebracht habe (Gelächter). Ein Mitglied des Ortsvorstandes wurde regelrecht niedergebrüllt. Der Vorstand ließ abstimmen, ob er sprechen sollte; die Versammlung lehnte ab; sie war des Redens müde. Es wurde sodann nahezu einstimmig von der Riesenversammlung der Streik beschlossen. Zum Schluß gelang es noch dem angestellten Kassierer des Metallarbeiterverbandes, zu Wort zu kommen. Er machte auf die statuten-widrige Abstimmung aufmerksam, kam aber nicht weit, der zunehmende Lärm verschlang seine Worte."

In einer Stellungnahme zu diesen Vorgängen schreibt Knief: "Die Arbeiterklasse steht mit ihrer ganzen Sympathie hinter den Streikenden. ... So richtig der Grundsatz ist, daß keine Arbeitergruppe ohne Rücksprache mit der Zentraleitung und ohne ihr Einverständnis in den Kampf ziehen soll, so richtig ist andererseits die Tatsache, daß den Kapitalherren gegenüber nur ein entschiedener Kampf zum Ziel führen kann. Mag also die Tat der Werftarbeiter formell vielleicht ein Verstoß sein, inhaltlich war sie richtig." Dieses entschiedene Eintreten für die Interessen der Arbeiterschaft hatte zur Folge, daß sich in Bremen der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie durchsetzte. Die "BBZ" wurde mehr und mehr Sprachrohr der Bremer Linken. Eine weit über Bremen herausragende Bedeutung erreichte die Zeitung in der Massenstreikdebatte, in der Frage Sozialreform oder Revolution und in der Diskussion über Situation und Weg der Partei. Sie brachte in großem Umfang Leitartikel und Berichte, von denen wir nur einen herausgreifen wollen. Unter der Überschrift "Flaue Stimmung" schrieb Pannekoek am 9.7.1913:

"Seit einiger Zeit bildet der innere Zustand unserer Partei den Gegenstand kritischer und besorgter Erörterungen. ... Die Partei - vom Bürokratismus überwuchert, die Massen ohne Spur eines revolutionären Geistes, ein Massenstreik, der uns aus dem Sumpf helfen könnte, absolut unmöglich. ... Wo die ganze Partei einmütig einen Klassenkampf in revolutionärer Weise führt - d. h. mit der klaren Erkenntnis, daß das große Ziel über allen Augenblicksvorteilen steht und nur durch die eigene Kraft des Proletariats allein erreicht werden kann - da wird ihre Kampfbegeisterung belebend und anfeuernd auf die Massen wirken. Aber der Chemnitzer Kurs war der Kurs der Kompromiß- und Dämpfungspolitik. Eine solche Politik muß, um sich zu rechtfertigen, den Arbeitern Vertrauen in eine bürgerliche Partei, Mißtrauen in ihre eigene Kraft einzureden versuchen; eine solche Politik, deren Schwerpunkt in den parlamentarischen Berechnungen und Unterhandlungen der Führer liegt, kann unmöglich die Massen begeistern und mitreißen. ...



Johann Knief, Karl Radek, Rosa Luxemburg, Anton Pannekoek

Natürlich soll das nicht besagen, daß die Ursache der flauen Stimmung bloß in einer falschen Stichwahlparole liegt. Die Parole war selbst nur Symptom und Ausdruck einer allgemeinen taktischen Auffassung, die schon seit längeren Jahren in den leitenden Kreisen der Partei emporgekommen ist. Die Dämpfungspolitik findet ihre erste und tiefste Grundlage in der Furcht vor den Massenaktionen. Die ersten großen Massenaktionen in den Jahren 1908 und 1910 weckten die Besorgnis, sie könnten zu einer Zuspitzung des Kampfes führen, für die das Proletariat noch zu schwach sei und die daher zu einer

Niederlage und zum Verlust seiner Errungenschaften führen müsse. Daher wurde die Wahlrechtsbewegung eingestellt, und der Blick der Massen auf die ungeheuren Umwälzungen gelenkt, die die Reichstagswahlen bringen würden. Es ist klar, daß diese Abneigung von außerparlamentarischen Massenaktionen notwendig zu parlamentarischen Kompromissen führen muß. Wer nicht die ganze im Proletariat liegende Kraft aufrufen will, und doch direkte Resultate verlangt, wird von selbst dazu getrieben, sie mit Hilfe anderer Parteien zu erstreben. Will der Radikalismus nicht einen wirklich revolutionären Kampf für neue Grundrechte führen, sondern entweder auf revisionistischem Wege direkten Erfolgen nachjagen oder einfach passiv abwarten, was die Zeit bringt, so wird er in einer allgemeinen Passivität der Massen die Früchte dieser Taktik ernten. Die Dämpfung des Wahlrechtskampfes, die Überschätzung der Ergebnisse der Reichstagswahlen, der Stichwahlkompromiß, die theoretische Unklarheit über die Bedeutung der Massenaktionen - es gehört alles zusammen als eine Politik, deren Wirkung auf die Partei wir jetzt vor uns sehen. ... Mit vollem Recht hat die Genossin Luxemburg hervorgehoben, daß der Massenstreik nur in Verbindung mit einer allgemeinen revolutionären Politik möglich und erfolgreich sein kann. Er kann nicht dazu dienen, eine durch eine verkehrte parlamentarische Taktik verfahren Situation zu retten. ... Der Massenstreik ist nicht ein Abenteuer, das in irgendeiner Situation mal zu probieren ist. ... Der Wille und die Kraft zu solchen Aktionen können den Massen nicht durch irgendeinen Parteibesluß, ja nicht einmal durch eine bestimmte Propaganda eingebleut werden; sie können nur aufwachsen als Frucht eines langanhaltenden prinzipiellen Kampfes, der ihnen die Überzeugung, daß es keinen anderen Weg mehr gibt, tief in die Seele gebrannt hat, als Frucht einer klaren Einsicht, die ihnen Vertrauen in die eigene Kraft gibt. ... Zuerst muß sich die Partei über ihre eigene Taktik klarwerden. ... Nur durch eine solche Klärung wird die jetzige Depression im Parteileben erfolgreich überwunden werden können."

Wofür sollen wir bluten ?

Dieser Artikel Pannekoeks beleuchtet schlaglichtartig den Zustand der SPD, in dem sie vor ihre bis dahin schwerste Belastungsprobe gestellt wurde. Es würde den Rahmen dieser Broschüre sprengen, wenn wir hier auf Ursache und Vorgeschichte des I. Weltkrieges eingingen. Wir beschränken uns stattdessen darauf, die Haltung des Proletariats in Bremen und seiner politischen Vertretung, der Linksradikalen in der Sozialdemokratie angesichts der Kriegsgefahr wiederzugeben. Am 28.7.1914 berichtete die "BBZ" über

Protestversammlungen Bremer Arbeiter gegen den Krieg. Paul Frölich sprach in einer der von 3.000 Menschen besuchten Veranstaltungen im "Colosseum": "Auch wir deutschen Arbeiter werden uns überlegen müssen, was wir zu tun haben. Unser wirksamstes Mittel auch im Kampf gegen den Krieg ist die Arbeitsverweigerung. Die deutschen Arbeiter werden wahrscheinlich vor eine verantwortungsvolle Entscheidung gestellt werden und sie werden mit kühlem Mute die Dinge betrachten, und wenn es zum Handeln kommt, entschlossen handeln müssen. (Langanhaltender Beifall und Sehr richtig) Die deutschen Arbeiter lehnen die Verantwortung für den ungeheuren Frevel eines Weltkrieges ab. Sie werden ihre Macht brauchen zur Sicherung unserer Kultur. Mögen die herrschenden Klassen sich vor Augen halten, wohin ihr verbrecherisches Treiben führt. An Rußlands Beispiel mögen sie sehen, daß der Krieg die Revolution im Schoße trägt." Knief sagte: "Die Herrschenden spielen mit dem Feuer. Sie mögen nicht vergessen, daß dem europäischen Kriege die europäische Revolution folgen wird. (Stürmische Zurufe). Und es ist gerade die Aufgabe der Arbeiterschaft, in dieser ersten Stunde den Herrschenden Deutschlands überzeugend zuzurufen: Hütet euch! Die deutsche Arbeiterschaft wird zu ihren österreichischen, russischen, serbischen und französischen Brüdern stehen und mit ihnen für die Erhaltung des Friedens kämpfen (Großer Beifall)".

Nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien am 28.7.1914 veröffentlichte der Parteivorstand in Berlin folgende Erklärung:

"Der Krieg hat begonnen. Proletarier, entfacht den Krieg gegen den Krieg, tragt ihn in alle Werkstätten und Fabriken hinein, bannt den Geist der Unterwürfigkeit aus den Hirnen des letzten Arbeiters, damit die Herrschenden das Gefühl bekommen: das deutsche Volk läßt sich nicht in einen Krieg treiben, den es verabscheut; mit dem es nichts zu tun hat, weil es ein Krieg imperialistischer Gewaltpolitik sein wird."

Diese letzten Zeilen stehen stellvertretend für vieles, was von parteioffizieller Seite im Angesicht des drohenden Krieges geschrieben wurde. Allgemein gehaltene, flammende Aufrufe gegen den Krieg zwar (sogar das Wort "imperialistisch" kommt vor). Konkrete Analysen jedoch fehlen. Nur sie hätten Grundlagen für das Handeln der Arbeiterschaft sein können, das, wenn nicht den Krieg verhindert, so doch zur Herausbildung eines zielklaren, tatkräftig gegen den Krieg kämpfenden Kerns geführt hätte.

Am 31.7.1914, einen Tag nach der Mobilmachung Rußlands knüpft Karl Radek in der "BBZ" noch einmal an die Antikriegsstimmung der Bremer Arbeiter an und schreibt nach einer eingehenden Darstellung der zum Kriege treibenden deutschen Kapitalinteressen: "Arbeiter! So steht die Sache! Nicht die Freiheit euer Nation willen sollt ihr bluten, sondern um die Ausbeutungsfreiheit des deutschen Kapitals. Es handelt sich um dieselben schmutzigen kapitalistischen Interessen, die im Jahre 1911 bald zu einem Krieg mit Frankreich

geführt hätten. Sie sind es, die die Kriegsgefahr heraufbeschwören, obwohl sie nicht so grell beleuchtet im Vordergrund stehen. Dessen seid euch bewußt, ihr Arbeiter, in diesen vielleicht wenigen Tagen, die euch noch für den Kampf gegen den Völkermord übrigbleiben. Gelingt es euch nicht, die Gefahr durch mutigen Kampf abzuwenden, dann müßt ihr binnen kurzem der Mobilisierungsbefehle folgen. Müßt ihr bluten, weil das Kapital es so will, das euch von Kindesbeinen bis zum Grabe ausbeutet."

Offenbarungseid

Am 1. August begann Deutschland mit der Mobilisierung. Es folgten die diversen Kriegserklärungen. Am 4. August 1914 bewilligte die Reichstagsfraktion der SPD ohne eine Gegenstimme die Kriegskredite, schloß ihren "Burgfrieden" mit der herrschenden Klasse und entlockte Kaiser Wilhelm II. den befriedigten Satz: "Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche".

Rosa Luxemburg sprach später aus, was sich als Konsequenz hinter derartigem Wortgeklingel verbarg: "Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen." Und die Partei, die den unversöhnlichen Gegensatz gegen das kapitalistische System auf ihre Fahnen geschrieben hatte, ließ ihre Mitglieder ziehen - und fallen.

Erst bei der Bewilligung der zweiten Kriegskredite am 2. 12. 1914 durchbrach Karl Liebknecht die Fraktionsdisziplin und stimmte als einziger Abgeordneter der SPD mit Nein. Er setzte damit ein Zeichen, das geeignet war, die revolutionären Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie zu sammeln. In der folgenden Zeit wurde es für die Bremer Linken immer schwerer, ihre Meinung in der "BBZ" zu veröffentlichen. Als dies 1916 durch einen Eingriff des Berliner Parteivorstandes unmöglich gemacht wurde, schufen sich die revolutionären Bremer Arbeiter in der "Arbeiterpolitik" ein eigenes Organ. In der ersten Ausgabe vom 24. 6. 1916 schreibt die "Arbeiterpolitik":

"Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als revolutionäre Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen; im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Welt wollte sie dem Proletariat zur politischen Macht verhelfen. Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der

Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bürokratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus. Es ist der Niederbruch auf der ganzen Linie, bis in die äußersten Posten des Parteizentrums hinein, die als Sozialpazifisten und in der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Massen durch oppositionelle Gesten über ihre eigene historische Aufgabe hinwegzutäuschen versuchen; und darum ist es die Abdankung der Sozialdemokratie schlechthin. (...) Das Dasein einer selbständigen Arbeiterbewegung genügte zum Sozialistengesetz. Jenes Jahrzehnt wird das Heldenzeitalter der deutschen Sozialdemokratie genannt, und niemand wird bestreiten, daß sich die Partei unter großen Opfern durch diese schwere Zeit hindurchschlug. Es war eine erste große Probe für die Tatsache, daß die organisatorischen Formen nicht das Wesen der modernen Arbeiterbewegung ausmachen; daß die Formen zerbrechen können, daß aber der Geist nicht erlischt. (...) Die Sozialdemokratie siegte - und dennoch ist sie besiegt worden. Nicht gleich; aber im Laufe der Zeit. (...) Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie niedergebroschen, und Bismarck blieb Sieger, trotz alledem. Nichts fürchtete die Sozialdemokratie seither so sehr, als die Wiederkehr eines politischen Ausnahmezustandes. Zum ersten Male hatte sie die übermächtige Gewalt des Staates am eigenen Leibe gespürt, und dieses erste große Erlebnis reichte hin, ihr die Erkenntnis beizubringen, daß sie sich diesem Staate, den sie doch überwinden wollte, zu beugen habe. Aus dem Kampfe gegen den Staat wurde die Anpassung an den Staat. Der Staat hat die Sozialdemokratie erzogen, staatlich - sittlich. Und darum war die Abstimmung vom 4. August 1914 und was dann folgte, keine Überraschung, sondern nur ein ragender Markstein auf dem Wege der Sozialdemokratie zur staatstreuen Reformpartei. (...) Sie wurde zur Partei der proletarischen Massen, weil sie den alten Gegensatz zur bürgerlichen Welt immer noch in der Theorie aufrechterhielt, und weil sie in der Politik mit der revolutionären Phrase nicht sparte. Sie gaukelte den politisch noch nicht erwachten Massen das Idealbild vom sozialistischen Himmelreich vor und wurde so zum Sammelpunkt für alle Unzufriedenen und Heilbedürftigen. Es lag etwas religiös-utopisches in ihrem ganzen Wesen. Sie redete viel vom Endziel; aber den Weg des Kampfes mochte sie nicht beschreiten. Sie mochte es nicht, und sie konnte es auch nicht. Diese ganze Entwicklung war ja nur das Spiegelbild aller der Verhältnisse, die auf sie gestaltend eingewirkt hatten. Eingepfercht in die Formen des preußisch-deutschen Staates mit seiner stetig wachsenden Militärgewalt und seiner immer weitergreifenden Bürokratie, mußte sie, sobald sie zur Massenpartei wurde, dieselben Formen in ihrem Innern entwickeln. Und sie wurde so rapide zur Massenpartei, weil das Entwicklungstempo des deutschen Kapitalismus die Proletarisierung weiter Volksschichten so schnell besorgte. Die Organisation der Massen wurde die Hauptsorge, sie wurde schließlich zum Selbstzweck. Dann nämlich, als der gewaltige Organisationsapparat die Bürokratie schuf, die aus dem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck wurde. (...).

In ihrer organisatorischen Arbeit lag die historische Aufgabe der Sozialdemokratie; in ihr lagen aber auch die Wurzeln ihres Niederbruchs. Und nur aus diesem Niederbruch kann sich der Aufstieg entwickeln. Der organisatorische Sinn der proletarischen Massen ist durch eine fünfzigjährige Schulung entwickelt worden. Er wird sich über alle veränderten Formen hinweg immer wieder betätigen und bewähren. Zugleich aber hat diese Entwicklung zur Erstarrung der Organisationsformen geführt, deren Fesseln das Proletariat in den jetzt tobenden Parteikämpfen immer aufs neue empfindet und erkennt. Das macht die Massen souverän den jetzigen Organisationen gegenüber, wie sie es zuversichtlich zu ihrer eigenen organisatorischen Kraft macht. Eine bedeutsame Epoche der Arbeiterbewegung liegt hinter uns, und wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, in der sich das Proletariat des Wortes einer seiner größten und besten Führer bewußt wird, daß in der Politik allein die Tat entscheidet. Wir erleben den Niederbruch und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs. Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik."

Eingereiht in die Burgfriedenspolitik Einheit oder Spaltung der Partei

Der Gründung der "Arbeiterpolitik" im Juni 1916 waren schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen vorausgegangen. Die Linke, hinter der die Mehrheit der Bremer Sozialdemokraten stand, verteidigte ihre Grundsätze gegen den in das Lager der Imperialisten übergelaufenen Teil der Partei und des Apparates. Ein wichtiges Mittel in diesen Auseinandersetzungen war naturgemäß die Parteipresse, die zumeist vom Parteiapparat kontrolliert wurde. Wo das noch nicht der Fall war, intervenierte der Berliner Parteivorstand und lancierte rechte Redakteure in die Schriftleitungen. So geschah es auch in Bremen. Die Folge war, daß sich der parteioffizielle Kurs der SPD in der "BBZ" mehr und mehr durchsetzte; immer hemmungsloser Burgfriedens- und Durchhaltepolitik gepredigt wurde. Die Auswirkungen auf die Arbeiterschaft schilderte G. Seiter in einem Brief von der Front an einen Bremer Genossen im Neujahr 1915¹⁾. Er schrieb: "Die Stimmung unter den Arbeitern, den Soldaten im Heere, kenne ich nun auch. Jetzt sehe ich vollends klar, welcher schwere Verlust für uns die Aufgabe unserer konsequenten Haltung in Partei und Presse ist. Die Feldsoldaten sind in einer dumpfen, verzweifelten Stimmung über die lange Dauer des Krieges und darüber, daß überhaupt noch keine Aussicht auf seine Beendigung ist. Nach der Presse müssen sie

+) W. Eildermann "Jugend im ersten Weltkrieg"
Tagebücher, Briefe, Erinnerungen
Dietz Verlag, Berlin 1972

glauben, daß auch in der Heimat niemand den baldigen Friedensschluß wünscht und dafür arbeitet, auch nicht die Arbeiterpresse. Sie verlieren alles Interesse an allem, an der Sache. Was könnte ihnen da eine Presse sein, wie ich sie mir denke. Den Wert des Einflusses, den wir auf einige bürgerliche Kreise durch unser Grundsatzlosigkeit gewinnen mögen, halte ich für gering, wenn ich dagegen halte, was unsere Partei an Einfluß und Vertrauen in der gebildeten Arbeiterschaft verloren hat, ja, ich bin fast daran zu glauben, daß sie es nicht wiedergewinnen kann. Ich glaube, daß es Spaltungen, Neubildungen geben muß. Es wird kaum anders gehen. Halte es auch nach dem, was verwüestet worden ist, für keinen großen Schaden. Die Haltung unserer Presse und unserer Partei kann von dem Klassenkämpfer in Feldgrau nicht akzeptiert werden. Nun sind sie ohne Halt (...).

Aber von ihnen noch zu verlangen, daß sie mit den vermeintlichen Feiglingen und Verrätern in einer Partei weiterarbeiten sollen, das wage ich nicht. Nämlich hier, in diesem schlechten Leben, ist einem die andauernde Todesgefahr nichts besonderes, und man ärgert sich, in dieser Lage nicht wenigstens für die eigene Sache zu sein." Die Aufgaben der Bremer Linksradikalen waren also spätestens in dem Augenblick klar, als ihnen die "BBZ" nicht mehr offenstand: Gründung einer eigenen Zeitung, die vom marxistischen Standpunkt wieder Klarheit in die Arbeiterschaft hineinträgt und darüber hinaus organisatorisch die Herausbildung der linksradikalen Opposition innerhalb der SPD unterstützte. Die in Seifers Brief angesprochene Spaltung der Partei wurde in Bremen von der Parteirechten formal vollzogen. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, wie sich die SPD in Bremen nannte, nahmen am 1.12.1916 eine Resolution an, in der es u. a. hieß: "Die Politik des 1. August 1914 war das Ergebnis der opportunistischen Entwicklung der Vorkriegssozialdemokratie. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes ist ihrem Wesen nach bürgerlich und steht damit im absoluten Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewußten Proletariats. Der Kampf gegen die Bourgeoisie schließt den Kampf gegen den Sozialchauvinismus ein. Ein Mittel des Kampfes gegen die offiziellen Instanzen sind die Beitragssperren." Daraufhin schloß der Parteivorstand den Ortsverein Bremen aus der Partei aus. Die rechte Bremer Minderheit gründete den Sozialdemokratischen Parteiverein und verblieb in der SPD.

Die SPD hatte dieser und der weiter folgenden Abspaltung ihres Zentrums, die sie durch ihre sozialchauvinistische Politik verursacht hatte, nur noch Demagogie gegenüberzusetzen. An die Stelle der politischen Auseinandersetzung mit den Oppositionellen trat "Einheitsgefasel". Unter der Überschrift "Also doch Spaltung" jammerte die "BBZ" am 5.1.1917: "Am Sonntag, 7. Januar, wird eine Reichskonferenz der Parteiopposition^{*)} stattfinden. (...) Ein unverantwortliches Spiel wird mit den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse getrieben seitens der Wortführer der Opposition. Sie werden

*) der späteren USPD

drüber aber einst Rechenschaft geben müssen: wenn unsere Brüder aus dem Felde wiederkehren, dann wollen sie eine einige Organisation vorfinden, dann wollen sie nicht erst mühsam aus den Scherben der mutwillig zertrümmerten Partei von neuem Jahrzehnte lang in saurem Schweiß ein Organisationsgebäude errichten helfen, um bis zu dessen Herstellung zu seiner früheren stolzen Größe wirtschaftlich und politisch leer auszugehen." Man fragt sich, wer "mutwillig" die Organisation zertrümmert", die, die unter Aufgabe aller in der Vorkriegssozialdemokratie anerkannten Grundsätze zum Klassengegner überlaufen, oder die, die an eben diesen Grundsätzen festhalten wollen und den Kampf innerhalb der Partei für sie aufnehmen.

Dieser Kampf wurde von den Bremer Linksradikalen mit aller Konsequenz geführt. Da die "BBZ" in ihrer politischen Linie unannehmbar wurde (siehe unten), die "Arbeiterpolitik" ihre Funktion als Tageszeitung nicht übernehmen konnte (sie erschien wöchentlich), sah man sich in Bremen nach einem Ersatz um und fand ihn in dem "Braunschweiger Volksfreund", der unter seinem Redakteur August Thalheimer einen konsequenten Kampf gegen die parteioffizielle Linie führte. Dazu die "BBZ" vom 2.2.1917: "Welch partei- und arbeiterschädigendes Verhalten der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für gut befindet, mag folgendes ergeben: In einem an bremische Arbeiter versandten Rundschreiben teilt er mit, daß er sich, um ein Organ anstelle der "BBZ" zu schaffen, nach Braunschweig gewandt habe zu dem Zwecke, daß der "Braunschweiger Volksfreund" als vorläufiger Ersatz in Bremen eingeführt werde. So machen es die Wortführer des Sozialdemokratischen Vereins Bremen. Erst führen sie den Beschluß herbei, daß der Partei die Beiträge gesperrt werden, stellen sich damit außerhalb der Partei, und schließlich wollen sie das Parteiblatt, die "BBZ", zugrunde richten, weil es sich in den Dienst der Einheit der Partei stellt und nicht mehr Spaltungsbestrebungen Vorschub leistet." In wessen Dienst sich das Blatt außerdem noch stellte, wird aus folgendem ersichtlich.

Nach zwei Steckrübenwintern, ständig steigender materieller Not und Millionen von Toten: "Du brauchst kein Geld, um jetzt Krieganleihen zu zeichnen, denn die bequemen Zahlungsbedingungen lassen Dir Zeit. Du mußt Dir überlegen, was Du in den nächsten Wochen und Monaten voraussichtlich verdienen wirst. Rechne davon ab, was Dich Dein Lebensunterhalt kostet - und Du weißt, was Du Deinem Vaterlande leihen kannst. Darum zeichne." - "Man wird in dieser Erklärung vergeblich nach sozialistischem Geist suchen." Gemeint ist nicht der obige "vaterländische" Aufruf zur Verlängerung des Krieges der "BBZ" vom 6.10.1917, sondern eine Erklärung der sozialistischen Vaterlandsverteidiger auf französischer Seite anlässlich einer Budgetbewilligung. Die "BBZ" fährt fort: "Wir machen den französischen Sozialisten keinen Vorwurf daraus. Nur verlangen wir, daß sie nicht nachher als Musterknaben der internationalen Solidarität auftreten und sich auf den Richterstuhl des Sozialismus setzen, um über andere Parteien zu urteilen." Gegenseitige Rücksichtnahme tut not. Wozu auch nach dem Gemetzel sich an

Worte erinnern, die man im Kriegsdelirium geschrieben hat. Bis die leitenden Herren Sozialisten Gelegenheit bekamen, sich über dieses Problem auseinanderzusetzen, halfen sie tatkräftig mit, Geld für die Produktion von Munition aufzutreiben, mit der sich die deutschen und französischen Genossen gegenseitig umbringen konnten. Die dazu passende, rechtfertigende Theorie lieferte in einem theoretischen Veitzanz der zum Zentrum gehörende Kautsky. Die Internationale, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse sei nur im Frieden möglich, die Internationale ein Friedensinstrument. Der Krieg schaffe die nationale Solidarität in der Verteidigung des Bodens, auf dem die Arbeiterklasse jedes Landes aufwächst. - Und nach dem Krieg steigt aus dem von Granaten umgepflügten Boden unbefleckt und im alten Glanze die Internationale. Daß die Sozialdemokratie den Krieg nicht durch die revolutionäre Erhebung der Arbeiter beenden konnte und wollte, sondern der Bourgeoisie die Stange hielt, betonte die "BBZ" in ihrer Ausgabe vom 1.8.1917 in dem Artikel "Der Schlüssel zum Verständnis"; "Es ist möglich, daß Deutschland aus einer solchen Katastrophe (gemeint ist der eventuelle Zusammenbruch der Westfront) als eine Republik hervorgehen würde, aber kein verständiger Mensch in Deutschland wird einen Wechsel der Regierungsform mit dem Verlust eines Krieges, der Zerstückelung Deutschlands und der Beladung des deutschen Volkes mit phantastischen Kriegsentschädigungen bezahlen wollen. Der Sozialismus würde dabei das schlechteste Geschäft machen. Daß die deutsche Sozialdemokratie solche Möglichkeiten nicht wollte, und daß sie für den Fall, daß sie dennoch einträten, an ihnen nicht schuld sein wollte, das bietet allerdings den Schlüssel zum Verständnis ihrer Haltung während der drei Kriegsjahre. (...) Die Revolution während des Krieges muß man aber wollen oder nicht wollen. Die bekannte Theorie, daß Revolutionen infolge der Entwicklung entstehen, reicht hier nicht aus. Willen und Einsichten sind Faktoren, die das Entstehen einer Revolution hindern oder hemmen können. Und da hat die Sozialdemokratie den Mut, es offen auszusprechen, daß kein politisch Denkender, in welchem Lager er auch immer stehen möge, (...) die Revolution will." Man spürt förmlich das Espenlaubzittern im Sozialdemokratischen Zeitungswald vor den nahenden sozialen Erschütterungen. Es ergibt sich folgerichtig, daß die SPD Aktionen der Bevölkerung gegen den Krieg unterdrücken, und wo das nicht mehr möglich ist, sie zumindest unter Kontrolle halten muß. Dieser Sachverhalt wird exemplarisch deutlich, während des großen Munitions- und Metallarbeiterstreiks im Januar/Februar 1918. 400.000 bis 600.000 Arbeiter legten allein in Berlin die Arbeit nieder. Von dort aus sprang der Funke auf das gesamte Reichsgebiet über. Unter welchen Parolen der Streik aufgenommen wurde, schildert K. Retzlaff⁺⁾ : Wir streiken nicht aus Kohlrüben-

+) Karl Retzlaff "Spartakus", Aufstieg und Niedergang
Erinnerungen eines Parteiarbeiters
Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M

gründen, wir streiken um den Krieg zu beenden. Wir wollen Friede, wir wollen dem Kaiser und seinen Generälen keine Waffen mehr liefern! Wir wollen Verbrüderung mit der russischen Revolution. Wir wollen streiken bis der Krieg beendet ist! Es lebe die russische Revolution, es lebe Lenin und Trotzki!" Wir stellen sechs Artikel der "BBZ" nebeneinander, an denen die Haltung der SPD zum Streik deutlich wird.

15.8.1917. "Laßt euch nicht provozieren! In letzter Zeit sind wiederum Handzettel in Kriegsbetrieben verteilt worden, in denen zum Streik aufgefordert wird. Von der vaterländischen Gesinnung der deutschen Arbeiter wird mit Bestimmtheit erwartet, daß sie dem landesverräterischen Ansinnen anonymer Hetzer mit der gebührenden Verachtung antwortet und es ablehnt, die Arbeit niederzulegen, während im Osten und im Westen unsere tapferen Truppen in schwersten Kämpfen stehen."

29.1.18. "Streiknachrichten. Der Ende der vorigen Woche durch Flugblätter angekündigte große Ausstand ist nicht eingetreten. Die darauf abzielenden Agitationen haben nur ganz beschränkten Erfolg gehabt, obwohl noch gestern nachmittag in Berlin und in den Vororten Flugblätter von Haus zu Haus verbreitet wurden. Die Gewerkschaften haben ihre Mitwirkung versagt. (...) Die Haltung der Sozialdemokratie ist ohne weiteres gegeben. Sie ist genau so wenig wie die Gewerkschaften vorher gefragt worden, ob sie dem Streik zustimmen wolle oder nicht. Sie trägt daher keinerlei Verantwortung für den Ausstand und ist an seiner Leitung in keiner Weise beteiligt."

30.1.18. "Wie nicht anders zu erwarten war, ist die von unbekannter Seite an die Arbeiter gerichtete Aufforderung, am Montag in einen allgemeinen Ausstand einzutreten, nicht ohne Erfolg geblieben. (...) Es ist also kein Wunder, daß gleich am 1. Tag mehr als 100.000 Berliner Arbeiter dem Ruf zum allgemeinen Ausstand gefolgt sind. (...) Jeder Streik bedarf der Zusammenfassung zu einem einheitlichen Willen durch eine organisatorische Leitung, und jeder Streik muß von der Aufstellung von Forderungen ausgehen, mit deren Erfüllung er von Natur sein Ende findet."

31.1.18. "Vertreter der Sozialdemokratischen Partei sind auf den Wunsch des aus den Streikenden gebildeten "Arbeiterrats" in die Streikleitung mit eingetreten. Die Arbeiter sind sich vollkommen klar darüber, daß jetzt zu leerem Richtungszank (zwischen SPD und USPD, die den Eintritt der SPD in die Streikleitung verhindern wollte) die schlechteste Gelegenheit ist, und daß nur die Zusammenfassung aller Kräfte zum Erfolg führt. Darum hat auch der sozialdemokratische Parteivorstand seine Mithilfe nicht verweigert, und hat schon am Montag, dem ersten Streiktag, beschlossen, den Wünschen der Arbeitermassen entsprechend in die Streikleitung mit einzutreten."

1.2.18. "Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung ist die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen."

2.2.18. "Im Reichstag werden die Ereignisse der letzten Tage von allen Seiten kritisch erörtert werden. Eine solche Aussprache, in der alle Meinungen frei zu Wort kommen, scheint uns eine der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Mittel zu sein, die vorhandenen starken Spannungen zur Entspannung zu bringen. Wir stellen darum den Wunsch nach einer möglichst raschen, möglichst gründlichen und darum befriedigenden Aussprache im Reichstag an die Spitze unserer Erörterungen. Aber alles vorausgesetzt, was im Reichstag gesagt werden muß und gesagt werden wird, so bleibt doch noch eine andere Seite der Angelegenheit bestehen, deren Besprechung keinen Aufschub duldet. Die Bewegung darf nicht um ihren eigentlichen Charakter und ihren eigentlichen Zweck gebracht werden, durch tumultuarische Vorgänge. Die arbeitende Bevölkerung muß die äußerste Selbstbeherrschung wahren. (...) Die gegenwärtige Bewegung soll die Landesverteidigung nicht treffen, will sie nicht treffen und wird sie nicht treffen, wenn ihre Interessen auch von Seiten der Regierung und der Behörden richtig wahrgenommen werden."

In der revolutionären Phase

Das Elend der Bevölkerung am Ende des Krieges sprach das Urteil über die sozialdemokratische Politik, die diesen Krieg mit seinen 10 Millionen Toten von der Bewilligung der Kriegskredite an unterstützte und den Abwehrkämpfen der Arbeiter, wie in den Munitionsarbeiterstreiks, die Spitze brach. In der "BBZ" gab es Aufrufe und Anleitungen zum Sammeln von Bucheckern, um dem Hunger zu begegnen.

Als klar war, daß der deutsche Imperialismus den Krieg nicht mehr gewinnen konnte, und das Kriegsende absehbar war, zeigte sich die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Anpassungsfähigkeit und ihrem Geschick, Stimmungen in der Arbeiterschaft in eine pro-bürgerliche Richtung zu lenken. Am 3. Oktober 1918, kurz bevor mit dem Aufstand der Kieler Matrosen die Revolution begann, schrieb Fr. Stampfer in der "BBZ" unter der Überschrift "An der Schwelle des neuen Systems":

"Zwei Tatsachen stehen heute fest. Die neue Regierung des deutschen Reiches wird die Aufgabe haben, Frieden zu schließen, und die Sozialdemokratie wird sich an ihr beteiligen. Die Beteiligung ist am Mittwoch von der Reichstagsfraktion nach Kenntnisnahme neuer Tatsachen von entscheidender Bedeutung, nach Erwägung aller ungeheuren Schwierigkeiten, nach reiflicher Beratung des Für und Wider mit erdrückender Mehrheit beschlossen worden. Es ist selbstverständlich, daß man verschiedener Meinung darüber sein kann, ob

der gewählte Zeitpunkt für den Eintritt der richtige war, ob die sachlichen und persönlichen Garantien, die den Sozialdemokraten gegeben wurden, genügen oder nicht. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß jetzt nicht die Zeit dazu da ist darüber zu streiten. Die Zeit fordert nicht Diskussion, sondern Aktion. Die schwerste Aktion, die die Partei jemals unternommen hat, ist eingeleitet und jetzt ist es unsere Pflicht, sie auf das entschiedenste zu unterstützen."

Der Kritik von seiten der Arbeiter, die ihrem Klassenstandpunkt treu blieben, entgegnete die "BBZ" am 10.10.1918 unter der Überschrift "Um die Zukunft des Sozialismus":

"In dem Aufruf wird ... gesagt, die Sozialdemokratie sei in die Regierung berufen worden, um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sie habe die Forderung aufgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von den Sozialdemokraten ausgenützt werden müsse, an die Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen. In dem programmatischen Artikel des "Vorwärts" vom 6. Oktober wird genau das Gegenteil davon klar ausgesprochen. Daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Gesellschaft stützen will und den Sozialismus preisgibt, ist weiter nichts als eine Wahnvorstellung, die den Unabhängigen von ihrem krankhaften Haß gegen ihre einstigen Parteigenossen eingegeben ist. Allerdings, das geben wir zu: Wir betrachten den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische nicht als die Aufgabe der nächsten 14 Tage oder drei Wochen. Die Aufgabe dieser nächsten Zeitspanne ist, einen gesicherten Frieden für alle Völker der Welt herauszustellen und die Umwandlung Deutschlands in ein demokratisches Staatswesen zu vollziehen. Das ist, wie wir ohne weiteres zugestehen noch nicht alles, aber es ist doch immerhin schon etwas, und wenn die Sozialdemokraten zu diesem nächstliegenden Zweck in die Regierung eingetreten sind, so wird man das allgemein, von einem kleinen Häuflein eingeschworener Fanatiker abgesehen, sehr gut begreifen."

Und Heinrich Cunow glorifizierte den Eintritt der Ebert und Scheidemann in die Reichsregierung unter dem Zepter Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. am 11.10.1918 in der "BBZ":

"Ein großer historischer Moment: die aus dem Weltkrieg hervorbrechende Revolutionswoge greift auf Deutschland über, nicht die Revolution mit wallendem Flammenhaar, die in Rußland im vorigen Jahr ihren Einzug gehalten hat, sondern eine friedliche Umwälzung der staatlichen Lebensverhältnisse, die aber vielleicht einst von der Geschichte als bedeutsamer für den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung bewertet wird, als die jetzige russische Revolution für den Aufstieg der russischen Arbeiterklassen."

Die sozialdemokratische Presse spielte alle Tasten ihres Propagandainstrumentes, um die deutschen Arbeiter vom selbständigen Handeln abzuhalten. Vorbild für die revolutionären deutschen Arbeiter war die siegreiche

russische Oktoberrevolution. So ist es nur folgerichtig, wenn die "BBZ" versuchte, diesen Vorbild herabzuziehen; denn seit der Herausbildung einer kommunistischen Bewegung lebt die Sozialdemokratie vom Antikommunismus und ist daher bestrebt, die Angst vor dem Kommunismus aufrechtzuerhalten. Am 18. Oktober konnten die Bremer Arbeiter unter der Überschrift "Glück und Ende der Bolschewiki" lesen:

"Deutschland durchlebt jetzt Tage so großer Umwälzung, so starker Spannung, daß die Aufmerksamkeit ganz auf seine eigenen Dinge vereinigt sind. So gedenken auch nur wenige des Jubiläumstages der russischen Revolution: Es ist ein Jahr verflossen, seit die proletarische Oktoberrevolution Rußland in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gab. Wie wenige haben, als im Oktober 1917 Lenin und Trotzky zur Macht gelangten, geglaubt, daß es ihnen gelingen würde, sich ein volles Jahr zu behaupten. (...) Dabei sind wir treulich der festen Überzeugung, daß das Ende der Bolschewikenherrschaft unabänderlich nahe ist. (...) Sobald die Waffen ruhen, werden die Entente-mächte den Bolschewiki den Garaus machen. (...) Die äußere Einwirkung, die den Sturz der Bolschewiki herbeiführen wird, beschleunigt nur einen auch sonst unaufhaltsamen Bankrott. Trotzdem wird theoretisch und praktisch in ihrer Stärke und in ihrem Versagen die Bolschewiki für die Arbeiterklasse wichtig bleiben."

Die geschichtliche Entwicklung bis heute spricht für sich selbst - nicht nur für die UdSSR, im besonderen auch für die Sozialdemokratie, hat doch das Eingreifen der sozialdemokratischen Führung gegen die revolutionären Arbeiter die Niederschlagung der Revolution möglich gemacht und damit eine Voraussetzung für die nationalsozialistische Terrorherrschaft und den II. Weltkrieg geschaffen. So steht vor der deutschen Arbeiterklasse noch heute die Aufgabe, sozialdemokratisches Denken und Handeln zu überwinden.

Versuchte die "BBZ" noch am 1. November 1918, die Arbeiter zurückzufallen -

"Der "Vorwärts" richtet an die werktätige Bevölkerung Berlins und des Reiches die dringende Aufforderung, die ruhige und feste Politik der Partei zu unterstützen. Wenn durch namenhafte Flugzettel oder von kleinen Gruppen der Ruf ergeht, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen, so gebiete die Disziplin der Organisation, ihm nicht Folge zu leisten. Wir möchten an die Bremer Arbeiter dieselbe Aufforderung richten. Zu Zeiten, wie diesen, wo die unpopulärsten Entscheidungen an einem Faden hängen, darf sich die Arbeiterklasse nicht den Luxus erlauben, daß einzelne Teile, ohne die anderen zu fragen, einfach auf ihre Faust losgehen." -

- so paßte sie sich nach der Matrosenerhebung in Kiel und der Errichtung eines Arbeiter- und Soldatenrates in Bremen der Stimmung an:

"Es wäre verfehlt, heute sagen zu wollen, wo die Umwälzung aufhören wird, wie sie weiterverläuft. Sie ist jetzt in vollem Zuge, und wir wünschen von

ihr, daß sie zum Segen der deutschen Arbeiterschaft, zum Wohle der breiten Massen des deutschen Volkes, ja zum Segen der Kulturmenschheit verlaufen möge." (8.11.18)

Lief die SPD stets den Stimmungen der Arbeiter nach, so konnten die Bremer Linksradikalen, die sich in der Verfechtung eines klaren Klassenstandpunktes von der Sozialdemokratie gelöst hatten, den aufbegehrenden Arbeitermassen Führung geben, - was schließlich in der Entsendung der Linksradikalen Knief, Dannat, Jannack und Bäumer im Januar 1919 in die Bremer Räteregierung mündete. Am 9. November 1918 brachte die "Arbeiterpolitik", Organ der Bremer Linksradikalen, folgenden Aufruf:

Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands

Die deutsche Revolution ist erwacht, die bis zum Wahwitz gesteigerten Machtgelüste der deutschen Militärpartei haben es durch eine verbrecherische Säbeldiktatur vermocht, bald 5 Jahre lang, die Arbeiter zur Mordbank zu führen, ihre Frauen und Kinder auszupowern bis aufs Mark - während die Bourgeoisie im Lande blinkendes Gold münzt aus dem Blute der Ermordeten und Ertrunkenen, aus der Gesundheit der Frauen, der Kinder. Den geringsten Protest erstickten die militärischen Machthaber im Blut, ließen ihre Opfer verlugern in den Gefängnissen. Eine niederträchtige Zensur unterdrückte Wahrheit und Tatsachen, beschwindelte die Arbeiter und Soldaten mit Lügen über Lügen um immer neue Blutopfer. Ein solches auf Lüge und Gewalt gebautes System mußte zusammenbrechen. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß der deutsche Imperialismus militärisch und politisch geschlagen ist. Die Armee ist in völliger Auflösung.

Divisionsweises Überlaufen, massenweise Desertion sind an der Tagesordnung. Die Matrosen stehen als Avantgarde an der Spitze der Revolution, Hand in Hand mit ihren Brüdern im Arbeitskittel. Und schon stehen fast alle Hafensstädte unter roter Flagge. Die erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf den Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen; allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht sollen das Proletariat geneigt machen weiter zu dulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen mißglückt ist, will die Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern, und die schwankende Krone Wilhelms des Zweiten und der übrigen souveränen Herren Deutschlands zu schützen. Man kauft sich jene Halunken von "Sozialisten", die am 4. August 1914 das "Vaterland" der Kapitalisten und Junker gegenüber den äußeren Feinden nicht im Stiche

ließen. Und diese Judasse werden es auch der andrängenden Proletariermasse gegenüber nicht im Stiche lassen. Unter dem Scheine des Vertrauens, daß sie aus der Friedenszeit her in den Volksmassen besaßen, bilden die Scheidemann und Bauer u. a. unter dem Vorsitz des Prinzen Max von Baden eine "Volksregierung", um den Fürsten die Throne, den Kapitalisten die Kassenschränke zu retten.

Im Namen dieser "Volksregierung" wird das Proletariat weiter belogen und bestohlen, im Namen dieser "Volksregierung" organisiert man die nationale Verteidigung, den Krieg bis zum letzten Mann, den Krieg der Kinder und Greise; im Namen dieser "Volksregierung" sollte die Kriegsflotte zu einer Unternehmung gegen England fahren, während die Friedensverhandlungen vor der Tür stehen. Das wäre einem Abbruch der Verhandlungen gleichgekommen, einem weiteren Menschengemetzel ins Endlose.

Da erscholl dröhnend ein Halt!, ein Genug! von unseren Brüdern in der blauen Jacke. Das Echo rollte übers Land. Die deutsche Revolution ist erwacht. Nun gilt es, nicht auf angefangenem Wege stehen zu bleiben. Schon sind die Kapitalisten und Junker aller Länder eifrig bemüht das Lügengewebe um das Proletariat zu stricken. Sie, Wilhelm der Zweite, Poincare, Lloyd George, Wilson und alle anderen kleinen Götter, die 5 Jahre lang ihre Völker abschlachten ließen, verwandelten sich mit einem Male in die Hohenpriester eines Völkerbundes.

Der Sinn der Heuchelei ist klar. Geschwächt an Kapital und an Kanonennahrung, wie die imperialistischen Staaten aus diesem Kriege hervorgehen, sind sie aus einer Reihe von Jahren außer Stande, Kriege zu führen und haben nur eines zu fürchten: daß der Proletarier selbst den Willen zeige, mit eigener Tat die Quelle künftiger Kriege zu verstopfen. Um diesen Willen und diese Energie einzuschläfern, erfindet man den "Völkerbund", indem sich in Wirklichkeit nur die Mörder dieses Krieges verbrüdernd und der nichts anderes ist, als die heilige Allianz von vor hundert Jahren, in der sich gleichfalls die Monarchen verbanden, um den Frieden zu sichern, mit dem Erfolge, daß das 19. Jahrhundert mit Blut getränkt war, wie keines zuvor.

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergeben sich für das Proletariat folgende

Gegenwarts-Forderungen:

Zur Erzwingung und Übernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuß muß durch Unterkommissionen sich der Ressorts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten.

Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

Nr. 45

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
— Bremen Nr. 29. —

Bremen, 9. November 1918

Einzelnummer 20 Hg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Hg.,
vierteljährlich 2.50 M. u. Bestellgeld

Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands!

Die deutsche Revolution ist erwacht, die bis zum Wahnsinn gesteigerten Machtgelüste der deutschen Militärgarde haben es durch eine verbrecherische Säubeldiktatur vermocht, bald 5 Jahre lang, die Arbeiter zur Nordbank zu führen, ihre Frauen und Kinder auszupeinern bis aufs Mark — während die Bourgeoisie im Lande blinkendes Gold münzt aus dem Blute der Ermordeten und Ertrunkenen, aus der Gesundheit der Frauen, der Kinder. Den geringsten Protest erklikten die militärischen Machthaber im Blut, ließen ihre Opfer verhungern in den Gefängnissen. Eine niederträchtige Zensur unterdrückte Wahrheit und Tatsachen, beschwandelte die Arbeiter und Soldaten mit Lügen über Lügen um immer neue Blutopfer. Ein solches auf Lüge und Gewalt gebautes System mußte zusammenbrechen. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß der deutsche Imperialismus militärisch und politisch geschlagen ist. Die Armee ist in völliger Auflösung.

Disziplinloses Ueberlaufen, massenweise Desertion sind an der Tagesordnung. Die Matrosen stehen als Avantgarde an der Spitze der Revolution, Hand in Hand mit ihren Brüdern im Arbeitsmittel. Und schon stehen fast alle Hafenstädte unter roter Flagge. Die erste Regierung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf den Föken. Mit der Eindämmung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzubämmen; allgemeines, gleiches, breites und geheimes Wahlrecht sollen das Proletariat geneigt machen weiter zu bauen und so, wenn schon der Kaubzug nach außen mißglückt ist, will die Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern, und die schwankende Krone Wilhelms des Zweiten und der übrigen fowarcednen Herren Deutschlands zu schützen. Man hauft sich jene Halunken von „Sozialisten“, die am 4. August 1914 das „Vaterland“ der Kapitalisten und Junker gegenüber den äußeren Feinden nicht im Stiche ließen. Und diese Judasse werden es auch der andrängenden Proletariatsmasse gegenüber nicht im Stiche lassen. Unter dem Scheine des Vertrauens, daß sie aus der Friedenszeit her in den Volksmassen befaßen, bilden die

Scheidemann und Bauer u. a. unter dem Vorh die Prinzen Maj o. Baden eine „Volksregierung“, um den Fürsten die Throne, den Kapitalisten die Kassenstränke zu retten.

Im Namen dieser „Volksregierung“ wird das Proletariat weiter belogen und bestohlen, im Namen dieser „Volksregierung“ organisiert man die nationale Verteidigung, den Krieg bis zum letzten Mann, den Krieg der Kinder und Greise; im Namen dieser Volksregierung sollte die Kriegsmarine zu einer Unternehmung gegen England fahren, während die Friedensverhandlungen vor der Tür stehen. Das wäre einem Abbruch der Verhandlungen gleichgekommen, einem weiteren Menschengebel im Endlose.

Da erscholl bröhnend ein Hail!, ein Genug! von unseren Brüdern in der blauen Jacke. Das Echo rollte übers Land. Die deutsche Revolution ist erwacht. Nun gilt es, nicht auf angefangenem Wege stehen zu bleiben. Schon sind die Kapitalisten und Junker aller Länder eifrig bemüht das Lügengewebe um das Proletariat zu stricken. Sie, Wilhelm der Zweite, Polnarez, Lloyd George, Wilson und alle anderen kleinen Götter, die 5 Jahre lang ihre Völker abjachten ließen, verwardelten sich mit einem Male in die Hohenpriefer eines Völkerbundes.

Der Sinn der Heuchelei ist klar. Geschwächt an Kapital und an Kanonensutter, wie die imperialistischen Staaten aus diesem Kriege hervorgehen, sind sie aus einer Reihe von Jahren außer Stande, Kriege zu führen und haben nur eines zu fürchten: daß der Proletariat selbst den Willen zeige, mit eigener Tat die Quelle künftiger Kriege zu verstopfen. Um diesen Willen und diese Energie einzuschüffern, erfindet man den „Völkerbund“, indem sich in Wirklichkeit nur die Mörder dieses Krieges verdrücken und der nichts anderes ist, als die heilige Allianz von vor hundert Jahren, in der sich gleichfalls die Monarchen verbanden, um den Frieden zu sichern, mit dem Erfolge, daß das 19. Jahrhundert mit Blut getränkt war, wie keines zuvor.

Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.

2. Die unverzügliche Freilassung all' derer, die für die Sache des Proletariats, wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt werden. - Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählter Revolutionstribunale.
3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.
5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.
6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.
8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1.000 Mark aufwärts.

Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, daß euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik! Es lebe die Weltrevolution!

Die "BBZ" wurde nun zum Nachrichtenblatt über die revolutionäre Bewegung in Deutschland und selbst der zu den Linksradikalen zählende Lehrer Eildermann kam zu einem sozialistischen Schulprogramm in der "BBZ" schreiben, doch die sozialdemokratische Linie gegen die Revolution blieb erhalten:

"Der Sozialismus kommt gewiß"

Die Reichsregierung hat, wie berichtet, eine Sachverständigenkommission einberufen, welche das Problem einer sofortigen Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung prüfen soll. Daß wir Sozialisten eine möglichst schnelle

Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische wollen, darüber kann ernstlich kein Streit bestehen; ... dafür sorgen, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus keine wirtschaftliche Anarchie entsteht, die den Hungertod zahlloser Proletarier zur Folge haben würde, ist unsere Aufgabe". (23.11.18)

Schlagworte wie "Die Arbeit muß uns retten" und "die Nationalversammlung müssen wir wegen der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln sobald wie möglich haben" geisterten durch die "BBZ". Einer sozialdemokratischen Frau blieb es in der "BBZ" vorbehalten, die Sehnsucht aller Arbeiter nach Frieden und einem geordneten Leben ohne Not in ein konterrevolutionäres Gleis zu lenken:

"Die Frauen und die Nationalversammlung"

"Wir wollen, daß der Friede sehr bald geschlossen wird, daß Amerika uns Brot gibt, wir wollen, daß durch eine klare, unzweideutige Einigkeit gestützte Politik der augenblicklich herrschenden Arbeiterklassen die Möglichkeit der schleunigen Umstellung unseres Wirtschaftslebens gesichert wird. ... Es ist keine Zeit mehr, um gefährliche Experimente zu machen. Wir Frauen haben mit unseren hungernden, frierenden Kindern lange genug auf Frieden, Nahrung und Familienglück gewartet. Es hat Menschenleben genug, übergenuß gekostet." (7.12.18)

Als sich die Mehrheitssozialdemokraten auf dem Reichsrätekongreß mit ihrer Forderung nach einer Nationalversammlung durchsetzten, wurde die "BBZ" Organ des Arbeiter- und Soldatenrates in Bremen unter Leitung des Unabhängigen Alfred Henke. In Antwort auf die Vorgänge am 6. Dezember in Berlin, bei denen auf Anordnung von sozialdemokratischer Spitze vom reaktionären Militär auf demonstrierende Arbeiter geschossen wurde, schrieb die neue Leitung der "BBZ" am 23.12.18 unter dem Titel "Die Toten an die Lebenden":

"Schließlich droht das führende Blatt der Scheidemänner, daß noch mehr Opfer fallen werden, wenn sich der Spartakusbund nicht entschließt, die freiheitliche Ordnung der Republik anzuerkennen."...

"Anders haben die Gewalthaber vordem auch nicht gesprochen. Sie haben aber auch ebensowenig eine Bewegung zu ersticken vermocht, die nicht von einzelnen Personen gemacht ist, sondern in den Verhältnissen ihren Nährboden hat, wie sie in erster Linie durch die Rechtssozialisten mit geschaffen worden sind. Die lebenden Arbeiter werden verstehen, was ihre toten Klassengenossen ihnen zurufen: "Kämpft für den Sieg der Revolution! Gegen die Bourgeoisie und deren sozialistische Beschützer und Helfershelfer."

Das Bremer Proletariat ging konsequent seinen Weg und rief, als Spartakus in Berlin niedergerungen war, in Bremen die Räterepublik aus. Und die Bremer Arbeiter kämpften mit der Waffe in der Hand für die Verteidigung der Arbeitermacht gegen die vom Sozialdemokraten Noske herbeikommandierten konterrevolutionären Truppen.

Sozialdemokratischer Weg zum Sozialismus

Der Aufstieg des deutschen Kapitalismus vor dem ersten Weltkrieg hatte zur Folge gehabt, daß sich eine Arbeiteraristokratie herausbildete, die mit den Brosamen vom Tische des Kapitalismus zufriedengestellt, an den Staat gebunden werden konnte. In der Politik der Sozialdemokratie hatten damit die Wahlen immer stärker an Bedeutung gewonnen, die die Illusionen der Arbeiter, über das Parlament Einfluß auf den Staat ausüben zu können, ausdrückten. In der "BBZ" waren die Auseinandersetzungen darüber geführt worden. Die Bewilligung der Kriegskredite und die Burgfriedenspolitik waren nur die Konsequenz dieser Entwicklung gewesen. Indem Ebert und Scheidemann im November 1918 die Regierungsgeschäfte übertragen wurden, identifizierte sich die sozialdemokratische Führungsschicht nun völlig mit dem bürgerlichen Staat. Und die Masse der organisierten Arbeiter, die in opferreichen Kämpfen ihre Organisationen aufgebaut hatten, waren fest mit ihrer Partei und den Gewerkschaften verbunden. Sie unterlagen dem Einfluß ihrer Führer. So kämpfte Anfang 1919 nur eine revolutionäre Minderheit mit der Waffe in der Hand für die Räterepublik, während die Masse der Arbeiter das tiefverwurzelte Ziel des Sozialismus auf friedlichem Wege erreichen wollte.

Das war die Grundlage für das Eingreifen Noskes, für die Entsendung der Gerstenberger nach Bremen. Nach der Eroberung Bremens durch die Noske-Truppen schrieb das neue sozialdemokratische "Bremer Volksblatt (Bremer Bürgerzeitung)" am 8. Februar unter der Überschrift "Ist die Revolution in Gefahr?":

Die nunmehr zertrümmerte unabhängig-kommunistische Gewaltherrschaft war nur geeignet, den Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Nicht Hunderte, nein Tausende sind dadurch ins bürgerliche Lager getrieben worden, trotzdem sie während des Krieges mit der Sozialdemokratie sympathisierten. Wenn also der Revolution Gefahr drohte, dann nur von Seiten der Linksradikalen.

Heute sind die Errungenschaften der Revolution in Bremen mehr denn je gesichert. Dafür bürgt nicht nur die politische Vergangenheit der Genossen, die heute in Bremen die provisorische Regierung bilden, sondern auch die große Mehrheit des werktätigen Volkes, die sich in Bremen auf den Boden des Programms der alten Sozialdemokratie gestellt hat. Das bremische Volk hat es in der Hand, sich eine Nationalversammlung zu wählen, die mit dem alten Regierungserümpel reinen Tisch macht und die Errungenschaften der Revolution sichert. Unsere Parteigenossen werden bei diesem Werke ihren Mann stehen."

So verbunden mit diesem Staate mußte auch gegen jeden weiteren Ansatz revolutionärer Handlungen der Arbeiterschaft angegangen werden. Als nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches Severing gemeinsam mit der

reaktionären Reichswehr gegen die revolutionären Arbeiter an der Ruhr vorgeht, hatte das "Bremer Volksblatt" nur zu sagen: "Den Unabhängigen und Kommunisten, mit denen wir Schulter an Schulter gegen die gemeinsame Gefahr standen, müssen wir heute ein ernstes Wort zurufen. Wir haben niemals von ihnen verlangt, daß sie sich für eine Regierung opfern, der sie nicht angehören. Wir haben nie mehr von ihnen erwartet als die gemeinsame Abwehr des gemeinsamen Feindes." (27.3.1920)

Dem sozialistischen Ziel der Arbeiterklasse mußte die sozialdemokratische Führung stets Rechnung tragen, und so führte sie es auch stets im Munde. Es mußte immer wieder an Marx angeknüpft werden. So können wir am 8.1.21 unter der Überschrift "Vorwärts mit Marx" lesen: "Nicht sollten kramten bürgerliche Gegner im jetzigen Kampfe die Weisheit heraus, daß der marxistische Sozialismus erledigt sei. ... Die kapitalistische Entwicklung treibt dialektisch über sich selbst zu der in ihrem Keim schlummernden höheren Wirtschaftsform, der sozialistischen, hinaus, so zwar, daß diese jene ablösen wird."

Ihren friedlichen Weg zum Sozialismus erläuterte die SPD im "Bremer Volksblatt" so: "Jede ernste parlamentarische Mitarbeit bringt ein Paktieren mit dem Bürgertum mit sich." Wenn man im Parlament etwas herausholen wolle, müsse man in die Regierung, auch in eine Koalitionsregierung; das sei besser als abseitsstehen und auf die Zukunft warten. Es wäre ein Verrat am Proletariat nicht alles zu tun, was möglich sei!" (13.1.21) Das waren andere Worte als sie Rosa Luxemburg nach dem großen sozialdemokratischen Wahlsieg am 5.2.1912 in der "BBZ" geschrieben hatte: "Beispiellos wie unser Wahlsieg muß die Entschlossenheit und Schärfe unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion sein. Nicht in grotesken Blockspekulationen mit jämmerlichen liberalen Mandatsjägern, sondern in einer selbständigen, kühnen und grundsätzlichen Klassenkampfaktik müssen wir der Internationale vordemonstrieren, wie die Partei des Proletariats parlamentarische Mittel für das revolutionäre Endziel auszunutzen vermag."

Der kommunistische Teil der Arbeiterklasse versuchte, dieses Endziel, die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, zu erreichen. Die Märzaktion 1921 war solch ein Versuch. Für die Sozialdemokratie die Gelegenheit, die Kommunisten zu verteuflern: "Moskaus Gebot ist erfüllt! Die ersten Proletarierleichen. (...) Ein Sozialdemokrat weiß, daß der neue kommunistische Kampf nichts mit dem Sozialismus zu tun hat, daß die Ziele und die Taktik des despotischen Sozialismus zur Hungerkatastrophe führen. Unter dem furchtbarsten Terror kann sich in den modernen Industriestaaten kein gesellschaftliches Leben entwickeln." ... Nicht sinnlose Gewalt, sondern Organisation und bewußtes Handeln sichert der Arbeiterschaft die Zukunft."

Die Verteidigung des bürgerlichen Staates durch die sozialdemokratische Führung und die kommunistischen Versuche, diesen Staat als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu zerschlagen, ließen in der Sozialdemokratie

Tendenzen hochkommen, die den rücksichtslosen Kampf gegen die Kommunisten, dem "allergrößten Krebschaden der Arbeiterklasse und am Körper unserer Republik" als eine der Hauptaufgaben ansahen. "Wir haben heute die große Aufgabe, daß wir die Träger des deutschen Staates sind, und das müssen wir rücksichtslos und bis zum letzten Ende sein." (BVB, 9.6.22)

Die Streiks im Jahre 1922 und die gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse nach dem Rathenaumord hatten den kommunistischen Einfluß in der Arbeiterschaft stark vergrößert. Gegen die erfolgreiche Einheitsfronttaktik der KPD mußte nun polemisiert werden: "Jetzt schreien und toben sie wieder, weil die SPD, USPD und Gewerkschaften ihre bombastischen Forderungen nicht unterschreiben, mit denen sie einmal in Rußland das noch viel größere Elend bekämpfen sollten." Fensterscheibenklirren, Blutvergießen und irregeleitete Arbeiter, die vor dem Richter stehen müssen, wurden als Ausdruck kommunistischer Politik dargestellt (18.8.22). Auf die Losung der Produktionskontrolle ging das Bremer Volksblatt lieber gar nicht ein, sondern tat sie als "kündisches Rezept" ab (8.9.22) und hatte immer Platz zur Verhöhnung, wenn die Versuche kommunistischer Gewerkschaftskollegen, die Arbeiter einen praktischen Schritt im Klassenkampf über die Sozialdemokratie hinauszuführen unzulänglich waren.

Und trotz ihrer Unvollkommenheit waren es die Kommunisten, die die Arbeiter zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der rasant vorwärtsschreitenden Inflation organisierten. Im ganzen Reichsgebiet kam es in den Städten zu vielen Protestversammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Teuerungen, in denen Werkstätige aus allen Bereichen erfaßt wurden: kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, Hausfrauen, Rentner, Beamte, Angestellte, Handwerker und Kleinhändler. Dieser Bewegung konnte das sozialdemokratische Organ allerdings nicht Ausdruck geben. Sie spiegelt sich in ihren Seiten nicht wieder.

Schließlich konnte die Vereinigte Sozialdemokratische Partei nicht anders, als die enge Bindung der Arbeiter an ihre Organisationen in die Waagschale zu werfen. Die "Bremer Volkszeitung (Bremer Bürgerzeitung)" schrieb am 4.5.23: "Nicht um die Arbeiter zu vereinigen, sondern um die KPD zur herrschenden Partei in der Arbeiterbewegung zu machen, wird nach 'Einheitsfront' gerufen." Alfred Faust konnte auf Bremer Massenkundgebungen als Antwort auf die Macht des Kapitals nur den Eintritt in die Gewerkschaften anbieten. Praktische Vorschläge zum Kampf gegen die Cuno-Regierung, wie sie von Kommunisten in Form von proletarischen Kontrollorganisationen und Proletarischen Betriebswehren vorgebracht wurden, stießen bei ihm auf Ablehnung.

In einer Situation, in der die Machtfrage im Staate stand, propagierte die "Bremer Volkszeitung" wieder den sozialdemokratischen Ausweg aus der Krise: "Der Zusammenbruch von 1918 und seine außen- und innenpolitischen Folgen haben grundlegende Änderungen im deutschen Staatsleben bewirkt.

So gering man auch den Fortschritt seit Bestehen der Republik werten mag: die Arbeiterschaft ist politisch nicht lediglich Objekt der Staatsverfassung, sie ist gleichberechtigt geworden. Ihre Vertreter sitzen in allen Ämtern, in den Ministerien, in allen staatlichen und städtischen Verwaltungen. Das Betriebsrätegesetz versucht, den Arbeitern auch Rechte im Wirtschaftsprozeß zu geben. Mit einem Wort: Wir haben die politische Demokratie. Daß sie heute nicht mehr ausreicht, um auch nur die bescheidensten Lebensbedürfnisse der arbeitenden Massen wie der Republik zu sichern, daß auch die bestgeschriebene Verfassung noch lange keine Macht bedeutet, darüber besteht kein Streit. ... Der Kampf zwischen Staat und Wirtschaft steht auf der Spitze. ... Wie im Weltkrieg und die Jahrzehnte voraus die Forderung nach politischer Demokratie die einzig wahre nationale Parole gewesen ist, so jetzt der Ruf nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung, die die Arbeitskraft und Gesundheit des Volkes sichern und den Staat gegen den äußeren Ansturm erhalten kann." (25.6.21)

Auf den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und die zwangsweise Absetzung der Arbeiterregierungen dieser Länder durch den Reichspräsidenten antworteten die Bremer Sozialdemokraten mit einem Antrag auf Ausschluß Friedrich Eberts aus der SPD. Die Erfolglosigkeit der Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen und ihre Zerschlagung wirkte sich in einer Abnahme des Einflusses der Sozialdemokratie in der gesamten Bevölkerung aus. Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 sah sich die SPD deshalb im zweiten Wahlgang wieder zum parlamentarischen Taktieren veranlaßt: Sie zog ihren eigenen Kandidaten zurück. Die Zeilen in der "BVZ" vom 15.4.25 geben die ganze Illusion in die parlamentarische Demokratie wieder: "Auf der anderen Seite steht jetzt Hindenburg, der, in politischen Dingen unerfahren, nur ein Werkzeug der Verbände ist, die sich hinter ihn gestellt haben. Sein Sieg wäre ihr Sieg, wäre der Sieg der Kapitalkonzerne, der Monarchisten, der rechtsputschistischen Gruppen, kurz, aller Kräfte, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben und die, unfähig, aus der Geschichte zu lernen, an nichts anderes denken, als an ein neues Herrenregiment und neue Volksknechtung. ... Laßt Euch nicht täuschen! Wer nicht für Marx stimmt, hilft damit den Feinden der Arbeiterklasse und der Republik. ... Wer Thälmann wählt, hilft Hindenburg!"

Wie die von der Sozialdemokratie als Notwendigkeit für das Proletariat angesehene Koalition zum Betrug am Wähler führt, zeigte die Affäre um den Panzerkreuzer A. In der Reichstagswahl 1928 gewann die Sozialdemokratie erhebliche Stimmen mit der Parole "Kinderspeisung statt Panzerkreuzer".

Die SPD trat anschließend in die Große Koalition unter Hermann Müller als Kanzler ein. Auf dem nächsten SPD-Parteitag wurde die Diskussion über den Panzerkreuzerbau von der Tagesordnung abgesetzt. Im Parlament stimmten dann die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Wehretat, während die sozialdemokratischen Minister den dann vom Parlament mit bürgerlicher Mehrheit beschlossenen Etat vertraten. Die "BVZ" war Spiegelbild dieser

Situation in der SPD. Überschriften am 16.1.29: "Sensationelle Indiskretion. Eine englische Zeitschrift veröffentlicht den Geheimbericht Groeners über den Panzerkreuzer A." Und am 18.1.29: "Noch kein Anhaltspunkt über den Verräter." Die Versammlungsberichte im Januar und Februar gaben die unterschiedlichen Standpunkte der Referenten zur Wehrfrage und die heftige Diskussion in der Mitgliedschaft wieder.

Zum Blutmai 1929, an dem der sozialdemokratische Polizeipräsident Berlins, Zörgiebel, auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ – ganz wie die bürgerlichen und feudalen Polizeioffiziere im 19. Jahrhundert – gab die "Bremer Volkszeitung" Zörgiebel Platz für eine Stellungnahme: "Im April setzte schließlich das Geschrei der Kommunisten ein: 'Straße frei für den 1. Mai!' Also gerade diejenige Partei, die in Verbindung mit dem inzwischen verbotenen Rotfrontkämpferbund einen großen Teil der Schuld an dem Verbot trug, versuchte, die Aufhebung dieses Verbotes zu erzwingen." ... "Wenn ein Brandherd derart gefährlich ist, wie die Unruhezentren in Neukölln und am Wedding es waren, und wenn die große Gefahr besteht, daß diese Unruhen auch noch auf andere Stadtteile übergreifen, dann bleibt eben nichts weiter übrig, als von allen Mitteln Gebrauch zu machen, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, um Zustände herbeizuführen, die der Reichshauptstadt würdig sind."

Als im Mai 1929 wie zuvor in den anderen Ländern auch in Bremen der Rotfrontkämpferbund verboten wurde, beeilte sich die "BVZ", den Schutz des Staates zu propagieren: "Aber hier handelt es sich um eine Notmaßnahme des republikanischen Staates gegen jene Elemente, die die großen politischen Freiheiten der Republik bewußt mißbrauchen, um die Grundlagen des Staates zu untergraben." ... "Allein aus dem Selbsterhaltungstrieb kann sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht dagegen wehren, wenn der Staat seine Machtmittel gegen politische Verbrecher anwendet." (15.5.29)

Am Ende der Konjunktur der zwanziger Jahre glaubte die Sozialdemokratie mit Pflästerchen der langsam steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Reichsarbeitsminister Wissell schrieb am 15.11.29 in der "BVZ": "Wie in früheren Jahren, so hat auch im Herbst dieses Jahres das Reichsarbeitsministerium die großen Beschaffungsressort des Reiches und der Länder gebeten, im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darauf hinzuwirken, daß in den Wintermonaten in möglichst großem Umfange öffentliche Arbeiten vergeben werden." Und ein Jahr später, als die Weltwirtschaftskrise sich entfaltete, zeigte sich die Hilflosigkeit der Sozialdemokratie, die nicht die Massen um ihre Interessen organisierte, ihnen nun auch keine materiellen Pflästerchen mehr geben konnte und deshalb an ihr seelisches Wohl dachte: "10 Millionen hungern. Also vier Millionen Arbeitslose und 62 % davon, d. h. 2 550 000 Unterstützte, in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge. ... Wird die Regierung sich nun wenigstens im

neuen Jahr endlich zu einem Entschluß aufraffen? ... Es ist ein Wunder, daß es trotz dieser Massennot in Deutschland noch verhältnismäßig ruhig bleibt. ... Der Arbeitslose braucht gewiß zu allererst Brot, aber auch er lebt keineswegs allein von Brot. ... Unsere Kulturinstitute, voran die republikanischen, sollten schleunigst ein Notkartell bilden, damit in Verbindung mit den Gewerkschaften Schritte unternommen werden können, um den Arbeitslosen neben der materiellen Hilfe auch seelische Unterstützung zuteil werden zu lassen." (27./28.12.30)

Wie die sozialdemokratische Politik durch ihre Befangenheit im bürgerlichen System ausweglos wird, zeigt Naphtalis Stellungnahme zur Weltwirtschaftskrise: "So schwer die gegenwärtige Krise auch auf den kapitalistischen Ländern lastet, ist der Glaube und die Einstellung ungerechtfertigt, daß diese Krise im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen keine periodische, sondern eine Dauererscheinung sein müsse. Wir sind überzeugt, daß auch dieser Krise noch im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine Besserung, ein neuer Aufschwung, eine Wiedereinschaltung der heute brachliegenden Arbeitskräfte folgen kann und folgen wird. Deshalb verbindet die Sozialdemokratie ihren dauernden Kampf um die Überwindung des Kapitalismus, um die Neugestaltung der Gesellschaft mit Gegenwartsforderungen, deren Durchführung entscheidend ist für die Linderung der gegenwärtigen Not und für die Anbahnung einer besseren Wirtschaftslage." (BVZ, 5.9.30) Welcher Art der wirtschaftliche Aufschwung und welche bis heute spürbaren Folgen die Rüstung zum II. Weltkrieg gebracht hat, ist heute historische Wirklichkeit.

Als 1922 Mussolini durch den Faschistenputsch in Italien an die Macht gekommen war, hatte die "Bremer Volkszeitung" gleich den "Moskauern" die Schuld daran zugeschoben, die die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zertrümmert und so die Arbeiterklasse unfähig gemacht hätten. An die deutschen Hakenkreuzler gewandt schrieb die "BVZ" am 30.10.22: "Sie werden sich aber täuschen, denn die geeinigte Sozialdemokratische Partei ist kein moskowitzisch-italienischer Salat." Die 107 Abgeordneten, die die NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 gewann, waren zwar der "BVZ" Grund genug, den Arbeitern zu sagen, welche Ziele der Nationalsozialismus hat: "Das politische Ziel der Nationalsozialisten ist der Umsturz des bestehenden Systems. Sie verlangen keine Beseitigung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihr Bestreben ist, der demokratischen Staatsform das Licht auszublenden. ... Durch ihre demagogische Obstruktionspolitik versuchen sie, das parlamentarische System in Mißkredit zu bringen, ..."

Aber wie die Machtergreifung der Faschisten verhindert werden sollte, darüber konnte die "BVZ" den Arbeitern keine Auskunft geben. Alfred Henke versuchte, den Faschismus als Wogengang in der Geschichte abzutun. (28.11.30) Den Arbeitern in Bremen konnte die "BVZ" nach der Bürger-

schaftswahl nur sagen: "Für die KPD, die ideologisch den Boden für den Faschismus vorbereitet, sowohl durch ihre Kampfziele als auch durch ihre Kampfmethoden, gibt es nur eine Möglichkeit, den Faschismus wirksam zu bekämpfen: "Die KPD auflösen und die SPD und die freien Gewerkschaften stärken!" (2.12.30) Schon im Wahlkampf hatte sie die Kandidatur der Kommunistischen Opposition als Verbrechen am werktätigen Volk bezeichnet, (25.11.30), um so der Aussage der KPO zu begegnen "Die kommunistische Opposition warnt die Arbeiter Bremens, irgendwelche Hoffnungen auf das Parlament zu setzen. Die Entscheidungen fallen außerhalb des Parlaments." Alfred Faust warnte konsequent, den parlamentarischen Weg nicht aufzugeben: "Akute Gefahr würde aber eintreten, wenn durch sozialdemokratische Abstinenzpolitik zu den jetzigen außerparlamentarischen Machtmitteln der Nazis noch die Machtmittel der Reichswehr und der Landespolizei hinzukommen würden." (19.12.30)

Als es dann soweit war, und die Regierung Papen-Schleicher die verfassungsmäßige sozialdemokratische Regierung Preußens absetzte, rührte sich in der Arbeiterklasse, die zwölf Jahre zuvor mit einem Generalstreik den reaktionären Kapp-Putsch abgewehrt hatte, keine Hand. In der Seele des deutschen Arbeiters ist etwas zerbrochen, stellte Tarnow fest. Und was hatte die "BVZ" den Arbeitern zu sagen? "Der Säbel regiert in Preußen. Reichsexekutive verfassungswidrig in Preußen eingezogen. Verfassungsbruch - erklärt die Preußen-Regierung. Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt - Staatsgerichtshof angerufen." (21.7.32) Severing ließ erklären: Im Interesse Deutschlands und Preußens. Er weiche nur der Gewalt.

Die Rolle als "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" (Tarnow) war ausgespielt. Dadurch, daß die Sozialdemokratie nicht bereit war, die proletarischen Massen zum Kampf um ihre Interessen zu organisieren, - zu fest waren ihre Funktionäre durch allerlei Posten mit diesem Staat verbunden - mußte sich die SPD in dem Maße vor den Massen diskreditieren, wie deren Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden konnten. Zum Schluß konnte und wollte sie Sozialdemokratie keine Kräfte gegen den Faschismus mobilisieren. Sie wollte nicht, weil die Bewegung über sie hinweggegangen wäre; sie konnte nicht, weil die gespaltene Arbeiterklasse nicht mehr mobilisierbar war. So war der Aufruf von Vorstand und Reichstagsfraktion der SPD zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler einerseits Ausdruck der Angst vor dem Klassenkampf, andererseits Ausdruck der Ohnmacht, die "demokratischen Rechte" zu verteidigen:

"Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auf-
erstanden.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse zu einer reaktionären und großagrarischen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen; zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten!

Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zu schwersten Schäden gereichen.

Darum her zur eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten. Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!"

Hinter diesem Aufruf wurde die Kapitulation versteckt. Nur 13 Jahre nachdem die Räteherrschaft mit Hilfe der Sozialdemokratie niedergeworfen war und diese ihren sozialdemokratischen Weg zum Sozialismus verkündet hatte, ist dieser Weg bankrott gegangen. Gleichzeitig war jedoch auch die KPD nicht in der Lage, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Faschismus zu organisieren. Die grundsätzliche Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft und des reformistischen Weges war bei der kommunistischen Strömung in der deutschen Arbeiterklasse verbunden mit einer gläubigen Huldigung der russischen Oktoberrevolution und einer Unterwerfung unter die Führung der KPdSU. Das hatte zur Folge, daß die stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise nicht unter den besonderen Bedingungen des kapitalistisch entwickelten Deutschlands mit dem starken reformistischen Einfluß analysierte. "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" und Sozialfaschismustheorie waren die Sackgassen dieser Politik. +) ++)

+) Unter der Behauptung, daß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie "in den letzten Jahren noch stärker mit dem kapitalistischen Staat verwachsen" sei, forderte Losowski auf dem RGI-Kongreß 1928 in Moskau die Aufstellung eigener Listen bei den Betriebsrätewahlen und eine straffere Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition, die dann unter dem Namen "RGO" (Rote Gewerkschaftsopposition) geschaffen wurde. Da Kommunisten in den Gewerkschaften nur arbeiten können, wenn sie die mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse und Statuten anerkennen, hieß die Aufstellung eigener Listen nichts anderes, als den Reformisten eine willkommene Handhabe zum Ausschluß der Kommunisten zu geben.

++) Auffassung, die Sozialdemokratie sei ein Teil des Faschismus. Diese Theorie war Jahre hindurch Leitmotiv der KPD-Politik und trug entschieden dazu bei, daß der Graben zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern breiter statt schmaler wurde.

In diesem festgefahrenen Kräftefeld blieb auch der von der Kommunistischen Opposition aufgezeigte Weg der antifaschistischen Einheitsfront ohne praktische Auswirkung auf die deutsche Arbeiterklasse. Noch am 4. Februar 1933 hatte die KPD(O) in ihrer Tageszeitung "Arbeiterpolitik" aufgerufen:

"Zum gemeinsamen Kampf!

Die faschistische Diktatur ist errichtet. Alle politischen und sozialen Rechte der deutschen Arbeiter, alle ihre Organisationen sind von der Vernichtung bedroht.

Jetzt heißt es unverzüglich zu kämpfen, solange die faschistische Diktatur ihre Pläne noch nicht verwirklicht hat.

Die Arbeiterorganisationen müssen gemeinsam gegen die faschistische Diktatur eingesetzt werden, sonst werden sie einzeln und nacheinander zer schlagen werden.

Sozialdemokratische Arbeiter! Durchkreuzt die Pläne eurer Führer, die die Kapitulation vom 20. Juli 1932 wiederholen!

Kommunistische Arbeiter! Tretet überall mit der KPD-O für den Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen zur sofortigen außerparlamentarischen Aktion gegen die faschistische Diktatur ein!

Arbeiter, jetzt ist keine Zeit zu verlieren! Keine parlamentarischen Illusionen, keine Hoffnungen auf die Wahlen vom 5. März. Nur außerparlamentarisch kann der Faschismus geschlagen werden!

Bildet überall in den Betrieben Aktionsausschüsse, die die Arbeiter aller politischen Richtungen vertreten! Schafft in allen Orten antifaschistische Kartelle aus allen Arbeiterorganisationen!

Verwirklicht das Zusammengehen aller proletarischen Abwehrorganisationen gegen den faschistischen Terror! Schafft überparteiliche antifaschistische Abwehrorganisationen! Faßt überall in den Betrieben und Massenorganisationen Resolutionen, die von den Instanzen der SPD, des ADGB und der KPD die unverzügliche Anwendung aller Mittel des außerparlamentarischen Kampfes gegen die faschistische Diktatur fordern! Entsendet Delegationen an die Instanzen!

Fort mit der Hitler-Regierung!

Es lebe der einheitliche Kampf der Arbeiter!"

Die Arbeiterorganisationen konnten das Proletariat nicht in den Kampf führen. Stattdessen führte der Klassengegner 1939 die deutschen Arbeiter ins Schlachtfeld, als Kanonenfutter für die Interessen des deutschen Kapitals. 50 Millionen Tote und ein geteiltes Deutschland sind das Ergebnis dieser Entwicklung.

Bremer Volkszeitung

Bremer Arbeiterzeitung • Bremer Volksblatt • Bremer

Wahl
Liste
2

Verleger: Dr. Fritz Kapp
Redaktion: Dr. Fritz Kapp
Vertrieb: Dr. Fritz Kapp
Druck: Dr. Fritz Kapp

Organ der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften
Die „Bremer Volkszeitung“ erscheint täglich ausser an Feiertagen und Sonntagen. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pf. pro Nummer. Der Abonnementspreis beträgt 3,00 Mark pro Quartal, 10,00 Mark pro Jahr. Der Anzeigenpreis beträgt 10 Pf. pro Zeile pro Woche. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Zeitung liegt bei den Verfasserinnen der Beiträge. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Zeitung.

Druck: Dr. Fritz Kapp
Vertrieb: Dr. Fritz Kapp
Anzeigen: Dr. Fritz Kapp

Nr. 53

Freitag, 3. März 1933

45. Jahrgang

Verboten!

Auf das Ersuchen des Reichsministers des Innern, die Bremer Volkszeitung wegen ständiger Verhezung aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat auf die Dauer einer Woche zu verbieten,

ordnet die Polizeikommission des Senats an:

Die in Bremen erscheinende „Bremer Volkszeitung“ wird aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat auf die Dauer einer Woche vom 3. März bis einschl. 9. März 1933 verboten.

Die Polizeidirektion wird mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt.

Bremen, den 2. März 1933.

Die Polizeikommission des Senats.

Die Sie sind Eigentum: Kraft, Pol-Verlag.

Der Wiederbeginn – Alles vergessen und nichts dazugelernt

Unmittelbar nach der Eroberung Bremens durch britisch-kanadische Truppen erschien in Bremen wieder eine Arbeiterpresse. Kader der Arbeiterparteien (besonders der KPO-SAPD, eine organisierte SPD-Gruppe gab es beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus in Bremen nicht), die den Faschismus überdauert hatten, sammelten sich in der "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" (KGF) und gaben als Organ das anfangs noch auf NS-Papier verfielfältigte Blatt "Der Aufbau" heraus. Vom 6. Mai bis zum Dezember 1945 erschienen 11 Ausgaben, in denen die KGF versuchte, einen Arbeiterstandpunkt zu vertreten: dem vorherrschenden Einheitsgedanken unter den politisch bewußten Arbeitern wurde Ausdruck gegeben, die Ursache des Faschismus wurde angedeutet, die Kollektivschuld* und damit auch die Verteilung der Kriegslasten auf das ganze deutsche Volk wurden abgelehnt und eine Produktionskontrolle unter den gegebenen Umständen wurde propagiert.

Diese ersten publizistischen Regungen selbständig denkender und handelnder Arbeiter nach dem Ende der Naziherrschaft, wie sie sich in der KGF zeigten, wurden an ihrer Entfaltung gehindert. Die Besatzungsmächte machten der KGF die organisatorische, die Versammlungs- und die Zeitungsarbeit schwer. Eine "Entfaltungsmöglichkeit" gab es nur im Gängelband der Besatzungsmächte. So ist es nicht verwunderlich, daß die ab Mitte 1945 lizenzierten Parteien SPD und KPD mit ihrer materiellen Unterstützung durch die Besatzungsmächte der Einheitsorganisation der Bremer Arbeiter, in der Sozialdemokraten und KP-Mitglieder anfangs mitwirkten, weil sie dem Einheitsgefühl der politisch aktiven Arbeiter nachgeben mußten, die Entwicklungsmöglichkeit nahmen. Mit der Auflösung der KGF im Dezember 1945 hörte auch die selbständige Arbeiterpresse auf zu erscheinen. ++)

Dem Informationsbedarf der Bevölkerung war die Besatzungsmacht schon vorher nachgekommen, indem sie eine Lizenz für den "Weser Kurier" als unabhängige und überparteiliche Zeitung vergab. Erst später durften Parteizeitungen erscheinen.

Im August 1950 brachte die Bremer Sozialdemokratie ihr Parteiorgan wieder heraus, als Wochenblatt, zunächst unter dem Namen "Bremer

*) Die Alliierten vertraten zunächst die Auffassung, das ganze deutsche Volk trage Schuld am II. Weltkrieg und an den Kriegsverbrechen der Nazis.

++) Die auf eine selbständige Arbeiterbewegung Deutschlands hinwirkenden Kräfte in der KGF schufen mit den überlebenden Kosten der KPO in Deutschland und in der Emigration mit der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" eine selbständige Arbeiterpresse in Deutschland.

Volkszeitung", dann als "Bremer Bürgerzeitung". Ihre Anfangsausgabe gab sie mit 150 000 Exemplaren an. Der Artikel zum Geleit, den der Präsident des Bremer Senats, Wilhelm Kaisen, in der ersten Ausgabe schrieb, zeigt, wie die Sozialdemokratie die Klassengegensätze leugnete, in der Illusion der Klassenharmonie lebte und ihre Hoffnungen in die englische und amerikanische Besatzungsmacht setzte, die sie nicht als Klassengegner, sondern als Garanten der Demokratie ansah.

Als Aufgabe der Presse von heute (Kaisen sprach wohlgerne nicht klassenbezogen) sah er die Hilfestellung bei der Befriedigung der elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung, beim Aufzeigen des Problems der Arbeitslosigkeit, beim Schaffen "einer besseren Grundlage" für die einheimische, die europäische und die Weltwirtschaft, und bei der Sicherung der "politischen und individuellen Freiheiten" im Prozeß einer notwendigerweise "zunehmenden staatlichen Einflußnahme auf unsere Wirtschaft". Weiter heißt es:

"Wenn Macht vor Recht geht

Unsere Zeit hat uns den Widerstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus um eine große Erfahrung deutlicher gemacht. Das Beispiel Rußlands zeigt, daß der "Marxismus Stalinscher Prägung" nicht notwendig zur Freiheit und zum Frieden führt. Das Beispiel Amerikas beweist, daß dessen moderner Kapitalismus nicht zwangsläufig zur Knechtschaft und zum Kriege zwingt. Was bleibt, ist die Erkenntnis, eine Idee zu verwirklichen, die alle bindet, damit die Menschheit nicht erneut in einem Meer von Blut und Feuer versinkt. Diese Idee, außer der Freiheit, ist die des gleichen Rechts, das international zu sichern ist."

Die geschichtliche Wirklichkeit spricht inzwischen für sich: der Korea-Krieg, die CIA-Putsche in den verschiedensten Staaten, wie z. B. Griechenland und Chile und nicht zuletzt der Vietnamkrieg; was jedoch bekanntermaßen keinesfalls zu einer Änderung der Auffassungen der Sozialdemokraten geführt hat. Im Gegenteil: Unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler erdreistet sich heute die Bundesrepublik als Juniorpartner der USA, die Bewegungen in den südeuropäischen Völkern, die nach einem Ausweg aus der Krise des Kapitalismus suchen, zu bevormunden.

1945 von den Besatzungsmächten eingesetzt, um die Trümmer wegzuräumen, die Arbeit zu organisieren und das Gemeindeleben funktionieren zu lassen, ging die Sozialdemokratie den Weg der Klassenzusammenarbeit. Basis für ihre Politik war die durch den 2. Weltkrieg hervorgerufene Schwäche der Bourgeoisie, die die Arbeiter zum Wiederaufbau der Industrie und dann zur Ausbeutung im Produktionsprozeß brauchte. Staatliche Sozial- und Kriegsrenten, einigermaßen erträglich werdende Existenzbedingungen mußten den Arbeitern geboten werden... So organisierte sich die deutsche Arbeiterklasse, die durch die nationalsozialistische Herrschaft atomisiert worden war, nicht um ihre ureigensten, die Klassenziele. Stattdessen entwickelte

sich bei ihnen das Streben, individuell im Kapitalismus zurechtzukommen. Die "BVZ" (BBZ) gab dieser Tendenz Ausdruck.

Als sich in der Arbeiterschaft starke Strömungen gegen die Remilitarisierung entwickelten, zeigte die Sozialdemokratie wieder ihre große Kunst, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und sie dann abzuwürgen, wie es später bei der Anti-Atom-Bewegung und bei den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze ebenfalls geschehen ist. Fr. Stamper schrieb am 1.3.52 in der "BVZ" unter der Überschrift "Gewerkschaften wohin":

"Jeder Freund der Arbeiterbewegung blickt mit einiger Sorge auf die Vorgänge, die sich in diesen Tagen in den Gewerkschaften abspielen. Die mit so vielen harten Erfahrungen teuer erkaufte Einigkeit wird von rechts her bedroht, während von links her die Politik der Infiltration mit wachsendem Eifer betrieben wird. Es droht die Gefahr einer Überpolitisierung aus den Kreisen der Mitglieder und es ist noch nicht ganz klar, ob die Spitzen diese Gefahr schon richtig erkannt haben und ob sie die richtigen Mittel gefunden haben, ihr zu begegnen. ...

Klar sollte man sich aber darüber sein, daß zwar jeder Gewerkschafter - Spitzenfunktionär oder einfaches Mitglied - das Recht besitzt, sich über das Problem des "Wehrbeitrages" frei zu äußern, daß aber die Entscheidung nicht bei den Gewerkschaften, sondern bei der Volksvertretung und damit bei den Parteien liegt. ...

Das ist nun etwas, was gewissen Leuten ganz und gar nicht in den Kram paßt. Für sie ist jeder Funktionär, der sich für den militärischen Schutz Europas ausspricht, ein mit Dollars bezahlter Kriegshetzer, jeder, der zwar die Remilitarisierung ablehnt, aber vor Torheiten warnt, ein Verräter, der die Bewegung abwürgen will. Sie fordern die direkte Aktion, die Sabotage, die Unterbindung aller Transporte, die militärischen Zwecken dienen, den Generalstreik. Sie fordern die Ablösung der gegenwärtigen Leitung der Gewerkschaften durch eine neue, die den Kampf in ihrem Sinne führen soll. ...

Daß die Arbeiter in ihrer großen Masse jeden Gedanken an neue Militärlasten leidenschaftlich ablehnen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Niemand hat es anders erwarten können. Aber der Kampf gegen die Remilitarisierung - oder gar für sie - gehört bestimmt nicht zum eigentlichen Aufgabenkreis der Gewerkschaften. Funktionärswahlen unter solchen Gesichtspunkten wären der reine Unsinn. Man kann zum Thema "Wehrbeitrag oder nicht?" eine ausgezeichnete Rede halten und dabei von Tarifwesen, Arbeitsrecht und ähnlichem soviel verstehen wie die Kuh vom Lautenschlagen. Und das sind doch die Dinge, auf die es bei einem Gewerkschaftsfunktionär ankommt. ...

Als tragende Kräfte der Demokratie, als Bahnbrecher einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die keine Not und keine Ausbeutung der Not mehr kennt, stehen die Gewerkschaften vor ungeheuren Aufgaben. Um sie zu lösen, müssen sie ihre Kräfte schonen, konzentrieren und richtig einschätzen, eingedenk des Wortes, daß sich in der Beschränkung der Meister zeigt."

Wirklich nichts dazugelernt!

Trotz 12 Jahre Faschismus, indirekter, aber offener Diktatur des Großkapitals, ist die Sozialdemokratie wieder Erfüllungsgehilfe des Klassengegners und wirkt so an der Wiedererstarkung des deutschen Kapitalismus mit.

Heute geht die Möglichkeit, sich im Kapitalismus einzurichten, zu Ende. Es ist nicht zufällig, daß in dieser Phase die "BBZ" eingestellt wird; denn der bevorstehende Klassenkampf kann von den Sozialdemokraten nicht aufgezeigt werden, und in ihm kann die Sozialdemokratie den Arbeitern nicht die politische Stütze sein, die sie brauchen.

So spiegelt die "Bremer Bürgerzeitung" von ihrem Höhepunkt als Tribüne des gesprochenen Wortes der Arbeiterklasse bis zu ihrem Ende als "unabhängiges", "überparteiliches" Vorortblatt die einzelnen Phasen der Sozialdemokratie wider.

Schufen sich die sich um ihre eigenen Interessen organisierenden Arbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Sozialdemokratie ihre Organisation, mit der sie den Klassenkampf politisch und organisiert führen konnten und u.a. die "Bremer Bürgerzeitung", um durch Berichte und Kommentare zu tagespolitischen Ereignissen organisierend wirken zu können und durch grundsätzliche Stellungnahmen zu den Problemen, die die Arbeiter bewegten, ihnen politische Orientierung zu geben, so ist diese politische Aufgabe heute von der SPD nicht mehr zu erwarten. Sie ist nur noch bemüht, den Arbeitern die Maßnahmen zum Aufbürden der Krisenlasten schmackhaft zu machen, die zur Erhaltung der bürgerlichen Ordnung von den Arbeitern getragen und verbreitet, sondern ist Teil des bürgerlichen Pressewesens und unterliegt damit kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Gesetzen und geht daran zugrunde.

Mit dem sich entwickelnden Klassenkampf steht in der Arbeiterklasse die Aufgabe, eine Presse zu schaffen, die die Sprache des proletarischen Lebens spricht und dieses Leben ins Bewußtsein erhebt. Der revolutionäre Gehalt dieses Lebens selbst muß zum Sprechen gebracht werden. Diese Aufgabe kann nicht ein Apparat, ein Redaktionsstab allein erfüllen. Nur durch die kollektive Mitarbeit der Arbeiter, d.h. aller Leser, wird die Arbeiterpresse aufgebaut, gestaltet und mit Leben gefüllt.

